

Der Textil-Arbeiter

Versteht sich, aber nicht - Versteht alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Verbandsrat: 1000, 1070, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000

Anzeigen und Werbungsblätter sind an Otto Rehma, Berlin D. 84, Remer Straße 2/3 (Postfach 5886), zu richten. - Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM. Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Von den Lohnbewegungen.

Zum Manteltarifstreit in den sächsisch-thüringischen Webereien.

Am 27. Dezember nahm in Greiz eine Konferenz von Delegierten des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes aus den Webereibetrieben Stellung zum Schiedspruch vom 21. Dezember. Der Schiedspruch regelt die Manteltarifbestimmungen. Die wichtigsten Teile derselben enthalten u. a.:

§ 1. Allgemeines.

1. Eine Beschränkung der Vereinigungsfreiheit der vertragsschließenden Parteien ist unzulässig.
2. Gefuchen um Arbeitsbefreiung einzelner Arbeitnehmer zur Teilnahme an Manteltarif-, Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen, Verbandstagen, Konferenzen und Bildungstagen der an diesem Verträge beteiligten Gewerkschaften ist seitens der Arbeitgeber statzugeben.

§ 2. Arbeitszeit.

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen beträgt 48 Stunden, und zwar an den Tagen von Montag bis Freitag je 8 1/2 und Sonnabends 5 1/2 Stunden.
2. Die Sondervereinbarung über die Mehrarbeit vom 16. Mai 1927, die unabhängig von diesem Vertrag gekündigt werden kann, bleibt hiervon unberührt.

§ 3. Ueberstunden.

1. Für Ueberstunden sind 60 Proz. Zuschlag zu gewähren. Für Nacharbeit bei Schichtwechsel wird ein Zuschlag von 15 Proz. gewährt.
2. Als Nacharbeit gilt solche Arbeit, welche in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr geleistet wird.
3. Die Zuschläge für Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden bei den Lohnarbeitern auf den tariflichen Zeitlohn, bei den Werkstatthaltern auf den tariflichen Zeitlohn zuwächst 15 Proz. berechnet.

§ 4. Einstellung von Arbeitskräften.

Jeder Bedarf an Arbeitskräften, sowie jedes Arbeitsgefuhr ist bei dem zuständigen Arbeitsamt zu melden. Die Delegierten fassen hierzu folgenden Beschluf:

„Die Delegierten aus den in Frage kommenden Webereierorten (Deutscher Textilarbeiter-Verband) beauftragen die Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, dem thüringischen Schlichter zu erklären, daß dem Schiedspruch vom 21. Dezember 1927 zugestimmt wird und, falls der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien ihn ablehnt, dann die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Die Konferenz ist, soweit zurzeit materielle Verbesserungen im Schiedspruch in Frage kommen, nicht befriedigt; es sind aber darin eine Anzahl wichtiger neuer Bestimmungen, insbesondere für die Akkord-Beschäftigten, die erst während der Tarifdauer gültig werden. Und aus diesem letzteren Grunde — es kommen weit über 80 Proz. Akkord-Beschäftigte in Frage — wird dem Schiedspruch zugestimmt.“

Ein famo'er Schiedspruch.

Am 22. Dezember fand in Potsdam unter dem Vorsitz des Herrn Gewerberat i. R. (soll heißen: in Reserve) Becker eine Schlichtungsausschufshung über die Differenzen im Lohnntarif für Wollstoff statt. Die Arbeitnehmer hatten den Lohnntarif gekündigt und folgende Forderung aufgestellt:

„Ab 2. Januar 1928 wird der männliche Spitzenlohn, d. h. der männlichen Arbeiter über 20 Jahre, um 20 Proz. erhöht.

Von diesem Spitzenlohn erhalten die Altersstufen 18 bis 20 Jahre 75 Proz., 16 bis 18 Jahre 60 Proz., 14 bis 16 Jahre 50 Proz. Der weibliche Lohnsatz beträgt 80 Proz. der männlichen Lohnsätze. Bruchteile von Pfennigen werden auf volle bzw. halbe Pfennige aufgerundet.

Die Akkordsätze werden im entsprechenden Prozentsatz erhöht.“

Der Vorsitzende meinte in der Sitzung, er dürfe doch keine allzu großen Sprünge machen, also Maßhalten heiße die Parole. Unter dieser Parole kam dann folgender Schiedspruch zustande:

„Der Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen erhöht sich vom 1. Januar 1928 ab um 8 Proz., in der Spitze auf 49 Pf., derjenige der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 19 Pf., der jugendlichen Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren auf 16 Pf.

Dies Lohnabkommen gilt bis auf weiteres und kann erstmalig zum 30. September 1928 mit vierwöchiger Frist gekündigt werden.“

Also ganze 19 Pf. Stundenlohn sollen die männlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren erhalten, die weiblichen gar nur 16 Pf., sechzehn Pfennig pro Stunde.

Der Spitzenlohn der erwachsenen Arbeiter soll 49 Pf. betragen. Es kann nicht gesagt werden, daß sich der Gewerberat in Reserve bei der Fällung des Schiedspruches allzusehr sozial eingestellt hat. Selbstverständlich wird dieser Schiedspruch von den Arbeitnehmern abgelehnt.

Neuer Abschluß in der Liegnitzer Wollindustrie.

Die Unternehmer kündigten am 15. Dezember das Lohn- sowie das Arbeitszeitabkommen zum Ende Dezember 1927. Sie verlangten eine Verlängerung des Lohnabkommens auf 1 Jahr mit den bisherigen Sätzen, ebenso Verlängerung des Arbeitszeitabkommens, jedoch mit niedrigeren Zuschlägen. Die Gegenforderung der Arbeitnehmer lautete auf 20 Proz. Lohnhöhung und Ueberstundenvergütung in Höhe von 25 Proz. Am 23. Dezember erfolgte in freier Verhandlung eine Einigung, indem die Stundenlöhne um 10 Proz. erhöht wurden. Die Akkordlöhne werden bei einem Ueberverdienst bis zu 20 Proz. um 10 Proz., bei 20 bis 30 Proz. Ueberverdienst um 7,5 Proz. und bei mehr als 30 Proz. Ueberverdienst um 6 Proz. erhöht. Auch beim Arbeitszeitabkommen wurden einige Verbesserungen erzielt. Beide Abkommen laufen bis zum 31. Dezember 1928.

Kampfvorbereitungen der Unternehmer.

Ein bekannter günstiger Wind hat uns nachstehendes Rundschreiben mit den Sagenungen des Deutschen Streikschuß e. V., Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverluste, auf den Redaktionstisch geweht. Der Abdruck des Rundschreibens genügt, um unseren Mitgliedern zu zeigen, wie planmäßig die Unternehmer ihre Kampfspositionen gegenüber den Gewerkschaften stärken.

Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie, Chemnitz.

Chemnitz, am 8. Dezember 1927
Stollberger Straße 4.

An unsere Mitglieder.

Betr.: Versicherung gegen Streikschäden.

Aus dem Kreise unserer Mitglieder wird die Frage an uns gerichtet, ob es nicht empfehlenswert sei, sich gegen Schäden, die sich aus Streiks ergeben, zu versichern und wo eine solche Versicherung genannnen werden könnte. Der Anlaß zu diesen Fragen hat seine Ursache in den sich in kürzeren Zeiträumen wiederholenden Streikwellen. Die Gewerkschaften glauben sich wieder stark genug, ihre Forderungen mit Gewalt durchsetzen zu können. In allen Wirtschaftsgruppen werden teilweise, trotz laufender Tarifverträge, so hohe Forderungen gestellt, daß sie geradezu als wirtschaftsfeindlich angesprochen werden müssen. Das Jahr 1928 wird zweifellos weitere Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften bringen. Wir erinnern daran, daß in Erkenntnis dieser Lage die nordwestliche Gruppe der Schwerindustrie zunächst einen eigenen Streikschuß bildete, wobei jedes Mitglied pro Kopf und Monat 5 Mk. beizusteuern hat. Auch in der westlichen Textilindustrie sind Maßnahmen zur Bildung einer Gefahrengemeinschaft getroffen worden.

Eine planmäßige Versicherung bietet der

Deutsche Streikschuß e. V., Berlin, Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Der Deutsche Streikschuß hat in letzter Zeit einen großen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Der Anschluß eines Reichsverbandes mit einer Beitragssumme von etwa 1/2 Million Mark steht unmittelbar bevor. Außerdem ist es ihm in den Jahren 1926/27 gelungen, erhebliche Reserven anzusammeln.

Der Deutsche Streikschuß bietet für die Textilindustrie hinsichtlich der Beiträge besonders günstige Bedingungen. Er hat die Beiträge von drei auf zwei vom Tausend der Lohnsumme herabgesetzt und darüber hinaus den Einzelfirmen gestattet, sich zu niedrigeren Sätzen zu versichern, indem sie als Jahresbeitrag das Zweieinhalbfache des Beitrages zahlen, den sie als tägliche Entschädigung beanspruchen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, sich dem

Deutschen Streikschuß e. V., Berlin W 62, Burggrafstraße 11,

als Versicherungsnehmer anzuschließen. Bei einer etwaigen Anmeldung als Versicherungsnehmer wollen Sie sich auf die Mitgliedschaft zum DGB, Chemnitz berufen.

Eine Vertretung unseres Verbandes im Aufsichtsrat des Deutschen Streikschußes ist vorgesehen, so daß wir in der Lage sein werden, die Interessen unserer Mitglieder dort wahrzunehmen.

Wir übermitteln ihnen die Satzung des Deutschen Streikschußes, aus der Sie die weiteren Versicherungsbedingungen entnehmen wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verband der Arbeitgeber der Sächsischen Textilindustrie.

Der Syndikus:

Dr. Bellmann.

Vorerst hieß es, daß die sächsische Textilindustrie der rheinischen Gefahrengemeinschaft für Streikschäden beigetreten sind. Wenn sie auch nicht direkt Mitglied dieser Gefahrengemeinschaft waren, so soll doch zwischen der rheinischen Gefahrengemeinschaft für Streikschäden und dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie ein Vertrauensverhältnis bestanden haben. Ist das Vertrauensverhältnis bereits wieder in die Brüche gegangen?

Ein Jahr des wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufstiegs.

Die Erfahrung lehrt, daß Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur auch stets Aufstiegsperioden der Gewerkschaften sind. Das ist ja auch erklärlich, denn gerade die wirtschaftliche Hochkonjunktur mit Produktionssteigerungen, erhöhter Umsatzfähigkeit und reichlich fließendem Lantemen- und Dividendenregen, muß den Arbeiter nachdenklich stimmen. Solche Zeiten bieten den besten Anschauungsunterricht dafür, wie ungerecht die erschaften Werte verteilt werden. Sie werden durch diese im Wirtschaftssystem begründete Ungerechtigkeit das Gerechtigkeitsgefühl des schaffenden Menschen, der für sich und seine Familie über den Arbeitslohn eine entsprechende Beteiligung an den Erträgen der Wirtschaft verlangt. Das ist aber nur möglich über die Gewerkschaften. Dazu kommt noch, daß sich in Zeiten guten wirtschaftlichen Geschäftsganges die Arbeitslosigkeit vermindert und bei zufälligem oder notwendigem Arbeitswechsel leichter die Möglichkeit besteht, ein neues Tätigkeitsfeld zu finden als bei einem Riesenerwerbslosenheere. Der wirtschaftliche Optimismus setzt sich beim Arbeiter, der von ihm erfährt, sicher in die Zukunft schaut, in Gewerkschaftsfreudigkeit um. Deshalb sind Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs auch stets Perioden gewerkschaftlicher Erstarkung.

1927 war ein Jahr des wirtschaftlichen Aufstiegs, nachdem Krieg, Inflation, Deflation und übermäßig scharf einsetzende Rationalisierung eine Krise nach der anderen heraufbeschworen hatten. Am deutlichsten wird die gute Konjunktur des Jahres 1927 durch die ebenso starke wie erfreuliche Winderung des Erwerbslosenheeres gekennzeichnet. Eineinhalb Millionen Hauptunterstützungsempfänger waren während des ganzen Jahres 1928 der tiefste Punkt, den die Elendskurve der Erwerbslosigkeit erreichte. Rund 1 1/2 Millionen unterstützte Vollerwerbslose waren am 1. Januar 1927 vorhanden. Gewiß ein trüber Anfang. Am 15. Januar war mit 1 884 000 Hauptunterstützungsempfängern der Höchststand der Erwerbslosigkeit erreicht. Und nun ging es mit Riesenschritten bergab. Mitte April wurde seit eineinhalb Jahren das erstmalig die Millionengrenze unterschritten und am 1. November mit rund 840 000 der tiefste Stand erreicht. Danach zeigte sich wieder ein leichtes Steigen, das jedoch in der Jahreszeit seine Erklärung findet, also saisonbedingt ist. Rechnet man der Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen noch die von der Krisenfürsorge betreuten hinzu, so ergibt sich immerhin noch eine Ziffer von rund einer halben Million. Das ist gewiß noch ein recht trüber Moment, obwohl das Jahr 1927 durch die außerordentlich starke Verminderung des Erwerbslosenheeres den Arbeitsmarkt sehr fühlbar entlastete.

In demselben Maße wie sich die Erwerbslosenziffer verminderte, verstärkte sich die Zahl der produktiv Schaffenden. Steigerung der Gütererzeugung war die notwendige Folge, die durch vermehrte Anwendung motorischer Kraft noch verstärkt wurde. Welche Ausmaße die Produktionssteigerung in einigen bedeutenden Gewerbebezügen erreichte, mögen einige Daten illustrieren. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1927 wurden im Deutschen Reich jeden Monat 12,75 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert. Das sind 940 000 Tonnen oder 8 Proz. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres und 860 000 oder 7 Proz. mehr als in den ersten zehn Monaten des Jahres 1913. Hierbei ist zu beachten, daß 1913 ein Jahr industrieller Hochkonjunktur war und auf 1926 (infolge der mehrmonatigen Streiks der englischen Bergleute) für den deutschen Bergbau daselbst zu trifft. Die Förderziffern des Jahres 1927 überflügeln jedoch selbst die Förderergebnisse dieser beiden guten Jahre. Auf Braunkohle trifft daselbst zu. Hier ist die Förderung des Vorjahres um 8 Proz., die von 1913 um 70 Proz. überschritten worden. Auch in der eisenhaltigen und eisenverarbeitenden Industrie wurde im Monatsdurchschnitt Januar bis Oktober 1927 viel mehr erzeugt als monatsdurchschnittlich im Vorjahre. Und letzten Vorjahresjahre gemessen wurde. Und zwar beträgt hier die Mehrproduktion gegenüber

	1926	1913
Roh Eisen	35 Proz.	18 Proz.
Rohstahl	32	38
Walzwerksprodukte	24	17

Diese wenigen Ziffern aus der Schwerindustrie mögen andeuten, in welchem Maße die Wirtschaftskonjunktur 1927 produktionsmäßig ihre Auswirkung gefunden hat. Aus der weiterverarbeitenden Industrie berichteten fast alle Zweige von einer restlosen Ausnutzung ihrer Anlagen. Es ist noch gar nicht lange her, als im Laumel der Flucht in die Sachwerte gerade die industriellen Anlagen eine außerordentlich große Erweiterung erfuhren. Sie 1927 in hohem Grade ausgenutzt zu haben, heißt demnach auch hier Mehrproduktion als in allen vorhergehenden Jahren.

In der Geldflüssigkeit (Liquidität) der einzelnen Unternehmungen fand die infolge gesteigerter Umsatzmöglichkeit erhöhte Produktivität einen fruchtbareren Niederschlag. Wie die einzelnen Geschäftsabläufe beweisen, war 1927 auch dividendenmäßig das beste Jahr nach der Währungsstabilisierung. Aber nicht nur das. Auch die Konkurse und Geschäftsaussichten verminderten sich in einem geradezu erfreulichen Maße. 449 Unternehmungen gingen von Januar bis Oktober 1927 jeden Monat in Konkurs; im letzten Vorjahresjahre 1913 dagegen 815 monatlich und 1926 sogar 1023. Da das deutsche Wirtschaftsleben, vor allem der Zwischenhandel immer noch stark überseht ist, wäre es nur zu begrüßen gewesen, wenn der im Vorjahre sehr stark wachsende reinigende Konkurswind 1927 in derielben Stärke angehalten hätte. Es ist bedauerlich, daß auch von einer guten Konjunktur die „faulen Köpfe“ am meisten profitieren.

Das Wirtschaftsjahr 1927.

Die flote Konjunktur in Verbindung mit Rationalisierungserfolgen häuften in den Händen einzelner Mächtiger große Kapitalien an. Daß diese eine Verwendung fanden, war nicht im geringsten der Gesamtwirtschaft zugute kommen, ist eine der frühesten Erfahrungen, die das schwebende Jahr bei uns zurückläßt. Im unfruchtbarsten Beispiel wurden gewaltige Summen festgelegt, die der Wirtschaft mannschaftliche Güter leisten könnten. So bewirkten sie nur Steigerung der Spekulationswut und unnatürlich hohe Kurse für Aktienwerte. Dr. Schacht griff hiergegen ja mit eiserner Faust ein. Der Erfolg war der schwarze Freitag, und es wäre nur zu wünschen gewesen, daß unser Reichsbankpräsident bei allen seinen Handlungen so glücklich spekuliert hätte, was ja leider nicht geschehen konnte.

Im den Nachkriegsjahren haben die Schützengilde, mit denen sich die einzelnen europäischen Staaten zu umgeben für richtig hielt, an Länge und Höhe bedenklich zugenommen. Auch 1927 brachte hier keinen Stillstand, geschweige denn einen Abbau. Das heißt in der Praxis nicht; theoretisch dämmert der europäischen Welt doch schon langsam die Erkenntnis, daß die hochschulpolitischen Methoden der Handelspolitik in demselben Tempo wie bisher fortgeführt, die europäische Wirtschaft aus dem Nachkriegselend nicht erlösen können. Im Gegenteil, hierzu bedarf es enger wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit, wie sie die freien Gewerkschaften schon seit ihrem Bestehen propagieren. Daß sich jetzt auch das Unternehmertum freihändlerischen Argumenten nicht mehr in dem Maße wie bisher verschließen kann, bewies das Zusammenkommen der Weltwirtschaftskonferenz und die dort gefällten Resolutionen.

Geht man gewiß ein begriffswürdiger Fortschritt, aber er besteht eben nur in Entschleunigungen. Praktisch ist in ihrem Sinne auch von unserer Regierung nichts geliefert worden, als widersprechende Reden der einzelnen Minister. So blieb die Konjunktur des Jahres 1927 in starkem Maße auf das Ausland beschränkt. Sie durch kaufkräftigen Inlandmarkt, also durch höhere Löhne, zu stärken, war deshalb zielbewusstes Streben der deutschen Gewerkschaften. Für die hier erreichten Erfolge spricht das Aufkommen aus der Einkommensteuer vom Lohnabzug. Es betrug in den ersten drei Vierteljahre 1926 796 1 Millionen Mark, 1927 in der gleichen Zeit 905 5 Millionen Mark. Aus dieser Vermehrung spricht eine erhebliche Steigerung des Arbeitseinkommens, das in der gegenüber dem Vorjahre verminderten Erwerbslosenjahre und den ergriffenen Lohn- und Gehaltserhöhungen seine Gründe hat. In welchem Maße durch gewerkschaftliche Tätigkeit im Jahre 1927 versucht wurde, den Arbeitslohn zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, lehren die vielen Arbeitskämpfe. Nur einige Angaben. Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik, die Ausperrung der Tabakarbeiter, die vielen Arbeitseinstellungen im Transportgewerbe (Hochbahn, Berlin), Westdeutsche Binnenschifffahrt, Dresdener Eisenbahner, die mannigfachen Konflikte in der Textilindustrie u. a. m.

Diese Bewegung ist, wie es scheint, noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Da das Streben der Gewerkschaften dahin geht, den Reallohn zu erhöhen, was Preissteigerungen stets Anlaß geben. Und hier liegen fräurige Entwicklungsgänge vor. Von Januar bis November 1927 lag der amtliche Lebenshaltungszehner von 144,6 auf 150,6 oder um 4,1 Proz. Kartellwirtschaft und Zollpolitik unserer jetzigen Regierung lassen keine Anzeichen eines Umwandlungs erkennen und vermehren. Die deutschen Gewerkschaften sehen jedoch dieser Entwicklung gefaßt entgegen, denn das Jahr 1927 brachte ihnen eine außerordentlich erfreuliche Stärkung ihrer Macht. Besonders in der zweiten Jahreshälfte durchläuft eine Siegesnachricht nach der anderen über starken Mitgliederzuwachs die Gewerkschaftspresse. Und das nicht nur allein. Ebenso stark wie der zahlenmäßige Zuwachs, ja, vielleicht noch höher ist die im Jahre 1927 in allen freien Arbeitnehmerverbänden zu beobachtende Gewerkschaftsbegeisterung zu veranschlagen. Ein starkes Befahren auf eigene Kraft ist überall als Begleiterscheinung dieser Bewegung festzustellen. Mag sie im kommenden Jahre in demselben Maße anhalten, und der Erfolg wird 1928 mehr noch als bisher auf Seiten der Arbeiterschaft sein.

Franz Vogt

Das Kleinauto.

Frau: „Karl, wollen wir Sonntag zu meinen Eltern fahren?“
 Mann (Eigentümer eines Kleinautos): „Ja, wenn der Wind nicht in der entgegengesetzten Richtung bläst.“

Astrologischer Mumpitz für 1928.

Bon Ego.

Mit flattert ein Büchlein ins Bodeneisenhaus: A. M. Grimms Prophezeiender Kalender für das Jahr 1928. Es ist ein „kosmologisch-astrologischer“ Kalender für alle Stände und Kreise mit besonderer Berücksichtigung für den Landmann, Gärtner und Förster.“

Da ist zunächst das Wetter für das Jahr 1928 auf den Tag genau festgelegt. Ich weiß z. B., daß es am 6. April 1928 regnen wird, mit Wind, Bewölkung und schwachem Temperatur. Ich werde meine Ferien im August nächsten Jahres nehmen, denn dieser Monat ist vorwiegend trocken, kühl und warm.

Wenn ich zur Jagd, zum Fischen oder Bogenschießen gehen will, so werde ich mich kühlen, einen anderen Tag, als den zu wählen, der unter der Rubrik „Günstige Zeiten“ angegeben ist. Wer Schweine schlachtet, muß, um gutes Fleisch zu erhalten, den „glücklichen Jungstschinder“ nachschlagen. Da sind die „günstigen Blauschnecken“ für alles, was da flucht und kauft, auf den Tag, die Stunde und Minute genau bestimmt. Sogar verwittert das Fleisch, trocken zu sein aus der Haut hin.

Deutschlands Schicksal im Jahre 1928 steht unter dem Sternwort: „Kampf und Aufstieg.“ „Ferner“ so steht geschrieben, „gibt es Änderungen günstiger Art. Verbesserungen auf allen Gebieten, auch neue Freizeite. Mit aller Wahrscheinlichkeit sogar ein Gesundheitszustand. Friede und Glück im Wirtschaftlichen und Politischen sind gewiß. Die Regierung gewinnt Macht und Ansehen und erleidet Triumph, Ansehen noch mehr und mehr. Schiffahrt, Handel und Verkehr blühen. Ja, man könnte von einem Blütejahr sprechen, wenn nicht rauhe Einflüsse davor einwirken würden.“

Und das alles, alles, alles um die Sterne. Weil das „Solar-System“ in das 4. Haus der Grundangelegenheit mit Opposition zum Mars und guten Aspekten von Saturn und Uranus steht.“ (?)

Erdbeben, Gubenunfälle, Tod von Parlamentaristen, Eisenbahnunfälle, Klagen von Banken, große Kämpfe, Stände und Resolutionsen neben ebenfalls in Europa vor der Tür. Und auf den Tag genau festgelegt, wie ein Radioprogramm. Und warum? Weil die Sonnenflecken vom 17. Juni in das 9. Haus fielen.

Während des Unternehmertums bis weit in das Jahr 1927 hinein behauptete, die Konjunktur und Wirtschaftsbelebung in Deutschland sei eine auf wenige Wirtschaftszweige beschränkte Erscheinung, die bald vorüber sei, läßt sie jetzt größeres Gewicht gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft ins Gewicht. Da der Versuch, eine Wirtschaftskrise zu konstruieren, fehlgeschlagen ist, versucht man es mit der Konstruktion einer Selbstkostenkrise. Was ist daran Wahres?

Auf jeden Fall hat die Konjunktur 1927 die Produktion derart gesteigert, daß man den Anforderungen nach Waren und Gütern nicht mehr mit dem vorhandenen Wirtschaftsgüterapparat genügen konnte. Soweit man den Warenbedarf nicht aus dem Auslande deckte, griff man zu den Reservebetrieben und setzte stillgelegte Betriebe wieder in Gang. Selbstverständlich ist es, daß man in den Reservebetrieben viel teurer produzierte als in den anderen Betrieben. Die anderen Betriebe waren wirtschaftstechnisch umgestellt; der ganze Produktionsgang darauf angelegt, möglichst niedrige Herstellungskosten zu erreichen. In den Reservebetrieben war das Gegenteil der Fall. Naturgemäß mußten sie viel teurer arbeiten als die sogenannten rationalisierten Betriebe. Dadurch ergab sich ohne Zweifel eine Steigerung der Herstellungskosten im Durchschnitt und eine Verminderung der Profitquote. Diese Zusammenhänge sind es im Grunde genommen, die das Unternehmertum als Selbstkostenkrise bezeichnet; nur führt das Unternehmertum diese Selbstkostenkrise, im wohlverstandenen Interesse, auf wesentlich andere Gründe zurück. Wenn man die kapitalistischen Vorkämpfer hört, sind es die Löhne, die Sozialen und die steuerlichen Abgaben, die zur Selbstkostenkrise geführt haben. Das trifft nicht zu, wie unsere vorliegenden Ausführungen beweisen. Ausschlaggebend für die Selbstkostenkrise, wenn eine solche bestehen sollte, ist die Wiederbetriebnahme der stillgelegten, der sogenannten Reservebetriebe.

Unserer Auffassung nach kann aber heute von einer Selbstkostenkrise noch nicht die Rede sein: sie besteht nur für die Agitation des Unternehmertums. Unsere Auffassung wird durch den Rationalisierungsprozeß in Deutschland gestützt. Durch die wirtschaftstechnische Umstellung hat man die Leistungsfähigkeit der Betriebe wider alles Erwarten gesteigert; man hat die Leistung pro Kopf in einem Ausmaß erhöht, wie das in der Wirtschaftsgeschichte selten vorkommt. Sollten die Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft überhaupt in Richtung einer Selbstkostenkrise treiben, dann ist die Wirtschaft von heute gegen eine solche Entwicklung widerstandsfähiger als je. Damit stimmt überein, daß die Zahl der wieder in Betrieb genommenen Produktionsstätten äußerst gering ist. Es gibt große Betriebe, die in der Zeit der Konjunktur immer noch Arbeiterentlassungen vorgenommen haben. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit erklärt sich auch im Grunde nicht daraus, daß infolge der Rationalisierung stillgelegte Betriebe wieder arbeiten, sondern aus der Tatsache, daß die gestärkte Kaufkraft des Absatzgebietes vieler Wirtschaftszweige erweitert und neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen hat. In dieser Entwicklung zeigt sich die Rationalisierung als eine Erscheinung, die durchaus fähig ist, neue Arbeitsstellen zu schaffen und den Arbeitsmarkt zu reorganisieren. Vor allem spricht diese Entwicklung gegen die Annahme einer Selbstkostenkrise. Was das Unternehmertum als Selbstkostenkrise bezeichnet, scheint ein Druck auf die übersehene Profitquote zu sein, der immer wieder eintritt, wenn eine Hochkonjunktur zur Überproduktion führt, die ihren Ausweg ins Ausland, in den Export finden muß.

Eine viel größere Gefahr droht der Konjunkturentwicklung von der Seite des Geldmarktes. Während der ganzen Krise 1925/26 hatten wir in Deutschland einen äußerst flüssigen Geldmarkt. Kapital, das in der Wirtschaft keine Anlage fand, floß auf den Geldmarkt ab und stand zuguterletzt der deutschen Spekulation gegen billigen Zins zur Verfügung. Ausgangs der Krise 1925 und 1926 erlebten wir in Deutschland die billigsten Zinssätze seit der Stabilisierung. Die Flüssigkeit des Geldmarktes wurde durch Auslandskapital

gesteigert. Die großen Unternehmungen in Deutschland benötigten die Gunst der Lage, um große Anleihen in Amerika, Holland usw. aufzunehmen. Dieses Geld floß aber erst allmählich in die eigentliche Wirtschaft und machte gewissermaßen erst eine Zwischenstation auf dem Geldmarkt durch. Aus dem flüssigen Geldmarkt heraus wurden dann die beispiellosen Höhenflüsse finanziert, die wir vor Jahresfrist zu vergleichen hatten. Die Belebung der Wirtschaft übersteuerte das Bild völlig. An den Börsen kam es zu den bekannten Krachs; die Ausflüchte, an der Börse Gewinne zu machen, verfringerten sich und so wanderte das Kapital in die Wirtschaft ab, deren Geldbedarf sich von Woche zu Woche steigerte. Am Geldmarkt, der während der goldenen Jahre 1925/26 äußerst flüssig war, verknappte sich das Geld. An die Reichsbank und die übrigen Notenbanken wurden die größten Anforderungen hinsichtlich der Wirtschaftskredite gestellt. Im Herbst 1927 hat man fast den Eindruck, als ob die Reichsbank ihre Wirtschaftskredite überpariert habe. Der Reichsbankpräsident greift auch durch Erhöhung des Zinsfußes, des Reichsbankdiskonts ein.

Damit hat die Reichsbank die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft mit Kapital zu versorgen, im Grunde genommen auf das Ausland übertragen. Der natürliche Volksweg wird aber durch die Auslandskreditpolitik der Reichsbank und der Reichsregierung gebremst. Durch die Einziehung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen beim Reichsministerium wurde den Betrieben der öffentlichen Hand schon seit Jahr und Tag der Weg zum ausländischen Kapitalmarkt verfrachtet, während die großen privaten Betriebe sich hinreichend eindecken konnten. In diesem Laubhain liegt eine durchgängliche Kapitalversorgung vor, die für unsere Konjunkturentwicklung sehr wahrscheinlich recht bedenklich werden wird. Fest steht, daß sich die deutschen großen Konglomerate und Trusts mit Auslandskapital überkommen haben und es heute zur weiteren Ausbeutung ihrer Macht benutzen, die durchaus spekulativ ist. Dadurch gehen die im Ausland aufgenommenen Kapitalien für die Volkswirtschaft verloren, während die öffentlichen Betriebe unter Mangel an Kapital leiden. Unleugbar liegt in dieser Zweiteilung der Grund zu einer ernstlichen Wirtschaftskrise, der nur durch eine tatsächliche Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Kapital seinen Stachel verlieren kann.

Ein Jahr Rechtsblut.

Die Politik des Jahres 1927 wurde von der Tatsache entscheidend beeinflusst, daß im Reich der Bürgerkrieg herrschte, eine Regierung der bestehenden Klassen, die ihrem Wesen nach reaktionär, rückwärtlich sein mußte. Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutschnationale sind konservative Parteien, die das Bestehende erhalten oder gar noch rückwärts wollen. Deren ganzes Politik darauf eingestellt ist, die Erfüllung der Forderung der minderbemittelten Bevölkerung zu verhindern. Die Deutsche Volkspartei zeigt wohl gern ein „liberales“ Gesicht, aber da sie die Vertreterin des großen Kapitals ist, so unterdrückt sie sich in der Praxis in nichts von den anderen Regierungsparteien. Nicht umsonst haben im Oktober dieses Jahres die beiden westdeutschen Blätter der Zentrumsarbeiter den Klageruf ausgestoßen: „Recht aber Schluß mit dieser Politik, wir wollen klare und eindeutige Antwort, wir wollen wissen, wo wir stehen!“ Die Regierungsparteien haben den katholischen Arbeitern diese klare Antwort nicht gegeben, aber die Fragesteller brauchen nur einen Blick auf die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres zu werfen, um zu wissen, wo sie stehen, um aber auch zu erkennen, wohin sie ihrer Klassenlage nach gehören.

Als der Bürgerkrieg im Januar 1927 gebildet wurde, da sollte er auf Befehl Hindenburgs auch die Interessen der arbeitenden Schichten wahrnehmen. Das Zentrum stellte auch eine Anzahl Richtlinien auf, die schöne Versprechungen für die werktätige Bevölkerung enthielten und von den Deutschnationalen übernommen wurden. Aber schon der Haushalt für das Jahr 1927 zeigte das sozialreaktionäre Ge-

Der Januar bringt in der Welt Verkehrsunfälle und Blutvergießen. Der Februar heftige Kämpfe Schlagschiffexplosionen; der März eine bemerkenswerte Hochzeit, Gastmahl und bedeutende diplomatische Unterhandlungen; der April viele Ertränkungen, Streiks, politische Unruhen; der Mai neue Verträge zwischen den Staaten; der Juni viele Todesfälle, Streit Schlächten und Gesichte; der Juli Todesfälle von Gelehrten und Philosophen; der August Veränderungen in den Regierungen; der September Unglücke über Unglücke, Eisenbahnkatastrophen usw.; der Oktober neue Erfindungen; der November Finanzdebatten und der Dezember endlich wird als kreditärer Abschluß der prophetischen Saison weitere Kämpfe, Schlächten, Tod von Staatsmännern und Verderben bringen.

Doch nicht genug mit dieser entsehrlichen Prophezeiung des Herrn Grimm. Auch das Schicksal der einzelnen Länder ist bereits besiegelt. Marum wandern die Hollarbeiter nicht aus, denn sie sehen schauerhaften Ereignissen entgegen. Weiter künden die persönlichen Jahresprognosen für den, der das Unglück hat, zwischen dem 21. und 31. März geboren zu sein, ein entsehrliches Schicksal. Man sollte diese unglücklichen Menschen lieber gleich bei ihrer Geburt, wie im alten Sparta, aussetzen, denn ihrer wartet, nach Herrn Grimms Heroskopf, doch nur Unglück, Schande, Verbrechen, Verderben und Tod.

Am interessantesten ist der Abschnitt „Bionomische Tabellen“ — „Anche oder Mädchen?“. Auch hier wird alles schon nach ehernen Gesetzen geregelt.

A. M. Grimm kann sich freuen, daß er nicht im Mittelalter lebt. Die Inquisition würde ihn, als mit dem Bösen im Bunde, zum Scheiterhaufen verdammen, denn seine lehrerische Gabe grenzt ans Teufelische.

Beschleunigter Personenzug (B. P.).

Zweimal zweiter Klasse.

Die grauschmutzigen Waggons, die beschmiersten, staubigen und im Winter bei häufig genutzten Eisenbahnen empfindlich kalten Coupés der Nachkriegsjahre sind längst vergessen. Die Reichsbahn ist rein, und es ist wieder eine Lust, zu reisen.

Mir gefallen ganz besonders die heute so sanftmütigen eingerichteten und auf langen Strecken von einem zum anderen Ende des Reichsgebietes tausenden beschleunigten Personenzüge. Man nennt sie in der heutigen zeitlichgrünen Zeit kurzweg B. P., wovon allerdings die Wohlbedachte schon häufig genug die Dichtungen gekannt haben. Im B. P. fährt alles; vom schwerelosen Generaldirektor, vom zur Dage fahrenden Grafen im Grützkott mit umgehängter Filze bis zum letzten Handtuchhändler, zur alten Höckerfrau und zum Berufsbettelmusikanten des B. P., der, nebenbei gesagt, zumeist trotz strengsten Verbots, mit seiner Laute oder Fiedel und seinem die zweite Stimme singenden, natürlich kriegerischbegabten und mit „Eisernem Kreuz“ behafteten Begleiter recht erkleckliche Geschäfte macht, selbstverständlich nur, wenn der gestrenge Herr Schaffner nicht da ist. Sogar politische Humoristen, Schnellmaler und Wählerlager verdienen sich auf ähnliche Weise im B. P. ihr Reisegeld und manchmal auch noch mehr.

Die unvermeidliche Höckerfrau ist vielfach das Zentrum der Unterhaltung. Auf dauernden Reisen hat sie immer wieder Neugierigen spannen, ja häufig auch recht heikler Art gesammelt. Sie ist in der Tat die lebende Reisezeitung und macht somit den Blätterhändlern an den Stationen ganz beträchtliche Konkurrenz. Ueber die hohe Politik aller Gebiete und besonders über die von ihr in die Halle der flüchtigen Finanzgewaltigen in Reich, Land oder Stadt weitet sie gewaltig und debattiert darüber zum Gaudium der übrigen Reisenden mit dem inognito reisenden Jagdgrafen oder dem seinen Rang und Stand verheimlichenden Herrn Generaldirektor. Durch breiten Dialekt wärzt sie ihre Witze und stets trägt sie in der Diskussion den Sieg davon, um dann unter dem Geächter des Publikums schüchtern auszusprechen, wobei ihr der im Wortkampf unterlegene hohe Herr galant beifällig ist. Denn nur so kann er wieder einigermaßen etwas Sympathie unter den Mitreisenden gewinnen. Heimlich im Herzen sind sie, und das oft mit Recht, auf seinen Reichtum neidisch.

Interessant und häufig auch sehr lustig wirken die unbedingt hervortreten müssen politischen Zugredner im B. P. Am heftigsten ist dabei natürlich das Duell zwischen einem dicken Bierphilister oder behäbigen Bauern und einem fanatischen, mit Schillertrugart

Nacht- und Sonntagsarbeit in der Kammgarnspinnerei Delmenhorst.

Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung ist Sonntagsarbeit in Fabriken verboten. Nur in ganz besonderen Fällen darf für kurze Zeit an Sonntagen gearbeitet werden. Die untere Verwaltungsbehörde kann für bestimmte Zeit Ausnahmen zulassen. Diese Ausnahmen regelt der § 105 a O.D.

Die Kammgarnspinnerei Delmenhorst hat beim hiesigen Stadtmagistrat den Antrag gestellt, Arbeiterinnen an Sonntagen beschäftigt zu dürfen. Sie hat sich dabei auf die Zustimmung des Betriebsrats berufen und daraufhin die Genehmigung für einen Sonntag erhalten. Wir stellen öffentlich fest, daß der Betriebsrat niemals zugestimmt, sondern ausdrücklich abgelehnt hat, seine Einwilligung zu geben.

Es ist schon oft unfererlei bemerkt worden, daß einige Herren der Betriebsleitung bedenkenslos unwahre Angaben machen, um ihren Zweck zu erreichen. Im übrigen hätten wir erwartet, daß der Stadtmagistrat, bevor er die Genehmigung erteilt, sich bei der Vertretung der Arbeiterschaft über den Sachverhalt erkundigt hätte.

Zu bedenken ist nur, daß eine Anzahl Arbeiterinnen „freistufig“ gearbeitet hat, trotzdem dieselben hierzu trotz Genehmigung nicht verpflichtet waren. Bedenken denn diese Arbeiterinnen nicht, wie sie gegen ihre eigenen Interessen verstoßen? Welcher Kampf ist geführt worden, um auch nur die bescheidensten Schutzbestimmungen durchzusetzen. Muß nicht heute noch um den kleinsten Erfolg gekämpft werden? Wenn so leichtfertig die Rechte der Arbeiterschaft preisgegeben werden, ist es kein Wunder, wenn das Unternehmertum und allen voran die Kammgarnspinnerei, mit den Händen macht, was sie will.

Die Sonntagsarbeit genügt aber den Herren der Fabrik nicht. Sie verlangen von den Arbeiterinnen auch, daß sie bis 11 Uhr

arbeiten sollen, anstatt bis 11 Uhr wie bisher. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen Arbeiterinnen in Betrieben, in denen in zwei Schichten gearbeitet wird, nur bis 10 Uhr abends beschäftigt werden. Das Ministerium in Wien hat angekündigt, daß bis 11 Uhr gearbeitet werden darf. Trotzdem diese Maßnahme nur vorübergehend zulässig ist, wird seit Jahren das Geles außer Kraft gesetzt, ohne daß die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft auch nur gehört wird. Solche Zustände sind nur in Oldenburg möglich, aber die Arbeiterinnen haben die Behörde, die sie vertreten. Best soll sogar die Genehmigung erteilt sein, Arbeiterinnen bis 11 Uhr nachts zu beschäftigen.

Dem Ministerium und dem Gewerbeaufsichtsdienst ist bereits eine Beschwerde unfererseits zugegangen. Wir werden auch Strafantrag gegen die Kammgarnspinnerei stellen, denn nach der Arbeitszeitverordnung ist auch freiwillige Mehrarbeit strafbar.

Wir können nicht ruhig zusehen, daß die Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen getreten werden.

Das Verhalten der Arbeiterinnen ist nicht zu entschuldigen, zumal die Direktion der Belegschaft nicht gewillt ist, was ihr gesetzlich zugesprochen ist. Daran denken die Herren Dr. Horst u. a. aber gar nicht. Mit aller Raffinesse drückt man sich um die Ansprüche der Belegschaft, dafür hält man Vorträge, verteilt Broschüren sogar an Reichstagsabgeordnete. Die von Unrichtigkeiten freigesprochen. Wir hatten die Direktion in einem Schreiben ersucht, der Belegschaft zu Weihnachten den ihr rechtmäßig zustehenden Urlaub oder einen doppelten Wochenlohn auszusprechen. Die Antwort auf dieses Ersuchen wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, damit jeder sieht, was es mit dem Betriebsgemeinschaftsgefühle auf sich hat.

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. De-

sicht des Bürgerblocks. Alle Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke waren auf das möglich geringste Maß zusammengegriffen worden, dafür wurden die Kosten um so reichlicher ausgeglichen, die den Interessen der bestehenden Klassen dienen. Es war allem der Haushalt der Reichsregierung, von dem sich die Regierung ganze 1 Proz. abhandeln ließ. Folgender Vorfall kennzeichnete besonders deutlich die Einstellung des Reichsbudgets: Fünf Millionen Mark waren im Etat für Kindererziehung eingelegt; sie wurden einfach gestrichelt und erst auf Drängen der Sozialdemokraten mühten nachträglich wenigstens vier Millionen wieder eingestellt werden. Nicht anders sieht der Etat für das nächste Jahr aus, den die Regierung im Dezember dem Reichstag vorgelegt hat. Da seit dem Übergang der Regierung auf das Reich die einzelnen Länder in ihrer materiellen Lage von der Gestaltung der Reichsfinanzen abhängig sind, so ist es erklärlich, daß das die Verhältnisse in den Ländern stark beeinflusst. Es gehtiger der Einfluss der arbeitenden Klasse auf die einflussreichen Regierungen war, um so mehr breitere sie auch dort die Reaktion aus.

In der auswärtigen Politik sind wir im vergangenen Jahre nicht weiter gekommen, wovon allerdings nicht allein die Teilnahme der Delegationen an der deutschen Regierung die Schuld trägt, sondern ebenso sehr die Herrschaft des französischen Bürgerkriegs unter Poincaré und der englischen Konservativen unter Baldwin. Die Verminderung der Abzahlungsleistungen um 10 000 Mann war eine Folge früherer Vereinbarungen. Die völlige Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, die allein erst bei dauerndem Frieden in Europa schaffen kann, liegt noch in weiter Ferne. Das Verhältnis zu Polen, unserem Nachbarn im Osten, ist noch immer unklar, der für die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Länder so überaus wichtige Handelsvertrag ist noch immer nicht zum Abschluss gekommen. Dagegen ist es endlich gelungen, mit Frankreich ein Handelsabkommen von vorausichtlich längerer Dauer zu vereinbaren.

Selbst diese Handelsvertragsverhandlungen sind von der Reichsregierung dazu benutzt worden, um die eigentlichen Interessen der hinter ihr stehenden Kreise zu wahren. Bei dem Verträge mit Schweden wurde der Zoll auf Mehl, bei dem Verträge mit Südschweden der Zoll auf Industrieerzeugnisse, bei anderen Gelegenheiten der Zoll auf Zucker erhöht. Das alles, trotzdem die Regierung nach der Weltwirtschafts-

konferenz von Gent erklärt hatte, daß sie sich für eine Herabsetzung der Zölle einsetzen werde. Es ist so auch ein Sachverständigenausschuß gebildet worden, der die Frage prüfen soll, welche Zölle herabgesetzt werden könnten. Wie aber bei so vielen ähnlichen Gelegenheiten, so wird auch in diesem Falle sehr gründlich beraten, ohne daß dabei etwas Erspriechliches herauskommt.

In der Sozialpolitik wurde die Arbeitslosenversicherung vergrößert, für die Gesetzgebung eine Krankenversicherung geschaffen. Die Ausführung der Verordnung über das Dreischichtensystem in den Hütten- und Walzwerken ist durch den Gewaltakt der Ruhrindustrie in wesentlichen noch weiter hinausgeschoben worden. Entscheidende Fortschritte in sozialpolitischer Beziehung sind während des ganzen Jahres nicht zu verzeichnen gewesen, man hat sich im wesentlichen damit begnügt, frühere Vorarbeiten zu Ende zu führen. In einigen Fällen hat man bestehende soziale Bestimmungen sogar noch verschlechtert, so in der Frage der Dauer der Arbeitszeit und bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Beamtenbesoldung ist neu geregelt worden, dabei sind aber vor allem die hohen und höchsten Beamten gut weggekommen, während man die unteren Gruppen außerordentlich steuermäßig behandelte. Die Lohn- und Politik ist im übrigen gekennzeichnet durch die Einführung der Schulvorsorge, durch die das gesamte Schicksal in Deutschland konfessionalisiert werden soll. Von einer Verwirklichung der Reform im Reich und in den Ländern wurde zwar viel geredet, aber an dem Widerstand der einzelstaatlichen Regierungen dürfte wohl die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung scheitern.

Das neue Jahr bringt Neuwahlen für den Deutschen Reichstag, für den Landtag in Preußen und für die Parlamente in einer Reihe anderer deutscher Länder. Die Wahlen des vergangenen Jahres in Hamburg, Bremen, Braunschweig, Mecklenburg haben gezeigt, daß ein starker Vordruck durch das deutsche Volk geht. Man darf erwarten, daß diese Entwicklung sich im Jahre 1928 fortsetzen und die Beseitigung des Bürgerblocks im Reich und der reaktionären Regierungen in den einzelnen Ländern bringen wird. Wirkliche Neugestaltungen des politischen Lebens in Deutschland werden aber nur dann kommen, wenn die deutsche Arbeiterklasse wieder geschlossen zusammensteht und ihre gesamte Kraft in die Waagschale der Entscheidungen legt.

zember. Wir sind nicht in der Lage, Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Die arme Kammgarnspinnerei ist also nicht in der Lage, unserem Wunsche zu entsprechen. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man über eine solche Antwort nur lächeln. Sie ist nur Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft nicht einmal das erhält, was ihr gesetzlich zugesprochen ist. Und unter solchen Verhältnissen finden sich hoch Arbeiterinnen, die ohne Rücksicht auf ihre Mitarbeiter und ihre Kinder, Sonntags und nachts arbeiten. Kaum glaublich. Oder ist der Verdienst nach dem Wertstarif so hoch, daß sie nicht existieren können? Unter solchen Umständen sind nach Arbeiter und Arbeiterinnen Mitglieder des Bananenkubs und des Wertsportvereins! Höher geht es nicht! Es wird höchste Zeit, daß die Belegschaft sich bestimt und sich selbst hilft, indem sie sich organisiert. Eher wird's nicht anders. Die Arbeiterschaft wird sonst nie Familienglück und Weihnachtsfreude kennenlernen.

Der größte Teil der Arbeiterinnen, die Herr Masanel aus Oberschießen gehört hat, ist wieder abgereist. Diese Mädchen haben tagelang kein Stückchen Brot zu essen gehabt; Mitarbeiterinnen haben ihr Brot mit ihnen geteilt. Ein Betriebsleiter hat sogar im Bohnenkottor verlangt, daß man den Mädchen Vorkauf geben soll damit sie sich etwas zu essen kaufen können. Darauf erheben sie Vorkauf, der natürlich abgelehnt wird.

Ohne Mittel sind sie abgereist und unterwegs ausgelegt worden, weil das Geld bis in die Heimat nicht ausreichte.

Über solche Verhältnisse werden keine Vorträge gehalten und auch keine Broschüren geschrieben. Wie wäre es, wenn Herr Dr. Horst den Reichstagsabgeordneten eine Denkschrift zuschickte, in der die Lage dieser Arbeiterinnen geschildert wird? Auch Herr W. Schmidt, dem Präses der „Geben“, und seinen Nebenbuhler, dem großmäuligen Herrn Wiebemann, der in diesem Sommer in der Harmonie über Wertstarif oder Gewerkschaftstarif geredet hat, müßte sie zugehen!

Die Unabhängigkeit der Tarifverträge und das Arbeitsgericht Krefeld.

Unter dieser Stichworte schreiben wir am 10. Dezember, daß der Vorsitzende des Arbeitsgerichts und das Landesarbeitsgericht auf dem Standpunkt ständen, daß die Tarifverträge abdingbar seien. Da, soweit das Arbeitsgericht in Frage kommt, hierin eine Veränderung eingetreten ist, wollen wir auch dies der Öffentlichkeit nicht vorenthalten.

Die Streitsache des Lehrmädchens gegen Geenderb u. Claus hat am 23. Dezember wiederum Gegenstand der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Krefeld. Die Firma hatte einen Mehrvertrag zu untertariflichen Löhnen abgeschlossen. Der Differenzbetrag war eingeklagt.

Eingangs der Verhandlung drehte es sich um den § 16 der Belegschaftsordnung, der lautet:

„Streitigkeiten, die aus der Auslegung dieser Vereinbarungen entstehen, regelt ein aus zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehender Ausschuss unter Vorsitz eines unparteiischen Obmanns endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges.“

Der Vertreter der Klägerin wies jedoch darauf hin, daß es sich um eine reine Lohnfrage handle und nicht um eine Auslegung des Tarifvertrages, da in die Lohnsätze durch § 11 der Belegschaftsordnung festgelegt seien.

Der Vorsitzende erklärte dann, daß die Tarifverträge unabhängig seien, soweit nicht eine Abdingbarkeit im Tarifvertrag selbst zugelassen sei. Da der Vertrag eine solche Bestimmung nicht enthielt, so mußte auch nach dieser Richtung hin der Klägerin ihr Recht werden.

Der Vertreter der Firma behauptete alsdann, das Lehrmädchen sei bei Abschluss des Mehrvertrages nicht Mitglied der vertragschließenden Organisation gewesen und bestritt aus diesem Grunde die Berechtigung der Klage. Der Vertreter der Klägerin mußte diese Lausche zugeben, bemerkte aber, daß sie unterdes Mitglied des Verbandes geworden sei. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts stellte nun fest, daß nur für diese Zeit Anspruch auf die tarifliche Lohnsätze erhoben werden könne. Darauf kam dann ein Vergleich zustande, der der Klägerin etwas mehr als den Differenzbetrag für die Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit sichert.

Es ist also aus der Verhandlung das Ergebnis zu ziehen, daß Tarifverträge nicht abdingbar sind, soweit die Abdingbarkeit sich zuungunsten des Arbeitnehmers auswirkt. Dann aber, daß tarifliche Ansprüche nur von Mitgliedern der vertragschließenden Organisation erhoben werden können. h.

und mit unmöglichen klöbigen Vergleichen sowie mit wallender Naturmühe behafteten Sonntagsgemüthen. Neulich noch war kurz vor der Frühstückszeit im B. P. ein heftiges Gepolter im Gange. Erah des iherhaften Charakters, denn bei gesunde Humor behält im B. P. immer die Oberhand, hätte man sich gemallig in den haaren. Der Kommunist hielt nach bönernder Ansprache, worin er u. a. auch betonte, daß unser deutsches Volk durch eine Periode von Not, Lob, Hunger und Vermalmung des Bestehenden zum wahren, alles errettenden Kommunismus kommen müsse, erschöpfte hier und dort jed man Frühstücksstücken hervor. Eine Frau mit gegenüber öffnete ihre schone lederte Handtasche, und nachdem sie sein jäuberlich auf blinkend weissem Papier einige Ledere, mit Schmelnebraten belegte Butterbrote ausgebreitet hatte, forderte sie mich höflich auf, doch zuzugreifen. Bescheiden lehnte ich ab, denn ich konnte mich ja nur mit ganz gewöhnlichem Handbrotstücken rekonstruieren. Aber die Frau ließ nicht nach. Das Geles der Bratenstücke war auch zu verlockend, und so stieg mein Magen über das gestellte Ich. Mit einer Verbeugung griff ich zu und biß herzhaf in den saftigen Braten. Da meinte mit plötzlich stark verlangenden Blicken mein Nebenmann, der buttersbrötlöse Berliner Kommunist: „Da haben Sie aber Schwein gehabt!“ Im gleichen Moment bemerkte die Dame: „Ja, Sie brauchen doch auch kein Schweinebratenbrot, Sie sind doch überzeugter Anhänger der Verlesendungs- und Hungertheorie!“ Alles brüllte vor Lachen und mein Nachbar, der gute Miene zum bösen Spiel machte, grinste mit, sohm mein Handtäschchen an und frühstückte auch. Im Herzen hat er sich wohl mit der Ausrede getrostet, daß ihm die Schuldigung der kapitalistischen Wachertasse doch durch Verteilung des dargebrachten Frühstücks, weingleich nur in geringem Maße gestülkt sei.

Sehr erfreulich ist die Wahrnehmung, wie heute schon wieder die reisenden Menschen sich in höflichster Weise gegenseitig helfen. Der kalte Norddeutsche sagt allerdings nur selten sein hingebundenes „Tag“ beim Ein- und Aussteigen. Dagegen lautet der lebensfrohe Süddeutsche bald auf und reißt den Norddeutschen durch herzlich und freu klingenden Dialekt bald auch in die allgemeine frohe Stimmung.

Ich nehme bei meinem B.-P.-Reisen stets ein kleines weiches

Rissen im Handteller mit. Ein Griff, und man sitzt auf einem Geplatz ebenbü equiem, wie irgendein reiches Diplomat in den Postern der ersten Klasse. Als ich im Sommer mit dem wunderbaren, völlig staub- und rauchfreien, raschfahrereichen elektrischen B. P. in Oberbayern von München nach Kufstein an der österreichischen Grenze zum Terlanerwein reiste, kam ich mit meinem Nachbarn ins Gespräch, trotzdem die Verständigung mit diesem „Eingeborenen“ zeitweilig nicht leicht ging. Es war ein riesengroßer, behäbiger Bauer aus den bayerischen Bergen, angefan mit Nagelstiefeln, äußerst dreierger, gamstoberner Hofe und Hütkchen mit Gamsbart. In der Hand hielt er seine kurze Hirschhörnpfeife mit buntem Porzellankopf, darauf ein Ludwig gemalt war. Ich zeigte ihm meine Erfindung und meinte, er solle sich auch so ein Kiffel kaufen, so führe man bequem, wie in der zweiten Klasse. Der Reize tat einige heftige Züge aus der Pfeife, blies den Rauch von sich, schaute mich überlegen an und meinte: „Naa, Herr Landsmann, das hab i nöi nöi. I hob noch an g'lunden Hintern!“ Sprach's und tauchte unter dem Gedächter der mittlerehenden „Ausländer“ (Preisen aus Norddeutschland) in aller Gemütsruhe weiter.

Einige Tage darauf stand ich, wie das in Bayern so üblich ist, auf der Plattform irgendeiner kleinen Nebenbahn. Tapfer fuchend kämpfte ich die Maschine die manchmal recht beträchtlichen Steigungen und Kurven langsam achzend hinan, um gleich auf der anderen Seite im lustigen Tempo wieder bergab zu rollen. Ein stolzer Holzackerbauer neben mir meinte: „Wissen's auch Herr, was das Lokomotiv da vorn sagt, wann's auf's geht?“ Ich verneinte. Da erklärte er: „Dös sagt allemal: höst's Leut', höst's Leut'!“ Mir leuchtete die Erklärung sehr ein, aber es kam noch ganz anders, denn, unter der in Bayern so beliebten und doch völlig harmlos geltenden Antwort eines Sitzats aus dem Gög meinte er: „Ja, aber wenn's abi geht, dann sagt's allemal: „Sagt geht's schon alloa...“ geht geht's schon alloa...“ Das leuchtete mir noch viel stärker ein, und natürlich weherten sämtliche dabei stehenden Norddeutschen vor Wonne.

Gern gehe ich auf Reisen, aber am liebsten ist mir doch die Fahrt zweimal zweiter Klasse im lustigen B. P. Paul Freye.

Lustiges.



Unter Maurern.

Mir for unguil. Edel Hoffentlich haste dir nicht uff de Zunge jebissen.



„Captains of Industry.“

1. Anschauungen, die nicht mehr zeitgemäß sind.

Das Unternehmertum hat zu den verschiedensten Zeiten eine eingehende Charakterisierung erfahren. Als die kapitalistische Entwicklung eine gewisse Stufe erreicht hatte und es feststand, daß die Kluft zwischen den Produktionsmittelbesitzern und den Lohnarbeitern immer tiefer wurde, versuchte man, diese Gegensätze mit den verschiedensten Erklärungen zu deuten. Man konstruierte vollständige Theorien, in denen das Unternehmertum zwar als ein Uebel bezeichnet wurde, das man aber nun einmal hinnehmen müßte, da es nicht mehr aus der Welt zu schaffen ginge. Die Schäden und Uebelstände, welche die neue kapitalistische Entwicklung geschaffene hatte, erkannte man durchaus an. Man brachte auch gleich die entsprechenden Mittel in Vorschlag, um diese Schäden, wenn sie sich nun einmal nicht vollständig aus der Welt schaffen ließen, doch wenigstens etwas einzudämmen. Nach der reaktionär-konservativen Theorie, wie sie Werner Sombart nennt, betrachtete man als sein Ideal ein aufgeklärtes Unternehmertum, zu dem die Arbeiterschaft in ein den früheren Basallen analoges Verhältnis treten sollte. Das Mittelalter sollte in neuer Form erstehen. Vom Unternehmer verlangte man natürlich auch, daß er kein rücksichtsloser und ausbeutender Geschäftsmann sein dürfe. Er soll in dem Arbeiter vor allem den Menschen sehen und ihn nicht etwa als Ware betrachten. Thomas Carlyle, der englische Geschichtsforscher und Sozialkritiker, bezeichnete den Unternehmer gar als einen „captain of industry“, als einen Kapitän bzw. Anführer in der Industrie, der vermöge seiner persönlichen Ueberlegenheit der geborene Organisator der Massen ist. Tritt somit der reine geschäftliche Charakter des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter zurück, so wird der erstere von selbst bestrebt sein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Vor kurzem hatten sich nun wieder die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt a. M. versammelt. Die Öffentlichkeit hatte Gelegenheit, einen kurzen Einblick in die Gedankenwelt des deutschen Unternehmertums zu gewinnen. Was indessen in Frankfurt gezeigt wurde, war ein mehr idealisiertes Bild; das wahre Gesicht des Unternehmertums läßt sich deutlicher im täglichen Kampfe, den die Arbeiterschaft zu führen hat, erkennen. Trotzdem sind solche Unternehmertagungen von äußerster Wichtigkeit, weil hier manches gesagt wird, was man sonst mühselig verschweigt. Wie üblich, ist über die Ueberspannung der öffentlichen Launen gelaugt. Es wäre keine richtige Unternehmertagung gewesen, wenn man dieses Thema nicht behandelt hätte. Ein anderes Thema lautete: „Mehr Qualitätsarbeit.“ Es ließ sich eine ganze Menge darüber sagen; das Wichtigste wurde aber verschwiegen oder wurde in einem anderen Zusammenhang erwähnt. Es war nämlich der Umstand, daß Qualitätsarbeit nicht ohne qualifizierte Arbeiter zu leisten sei. Und ein qualifizierter Arbeiter ist auf die Dauer nicht möglich, wenn er nicht in ausreichendem Maße entlohnt wird. Man kann das Ding drehen und wenden wie man will, es erscheint immer wieder die leidige Lohnfrage, mit der man sich, unverständlicherweise, so wenig wie möglich abgeben will. In einem anderen Referat bezeichnete dann Geheimrat Bücher die Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum, Arbeiterschaft und Wissenschaft als unerlässlich. Jedes Teil dieses Triviums besitzt seine besondere Bedeutung. Wer erinnert sich nicht an die Ausführungen des Generaldirektors Silberberg auf der Dresdener Tagung, der es zum erstenmal in diesem Kreise offen aussprach, daß man die Arbeiterschaft nicht mehr übersehen könne. „Lachen links“ prägte damals den Satz (und wohl berechtigt in Anbetracht der bisherigen Anschauungsweise der Unternehmer), daß dem Silberberg eine epochemachende Entdeckung geblüht sei: nämlich, daß Arbeit nicht ohne Arbeiter geleistet werden könne. — „Das Glück dreht sich im Kreise; es kommt und geht vorbei.“ Dem Arbeiter, der früher von Staatsbehörden und Unternehmertum immer an die letzte Stelle gesetzt wurde, schenkt man allmählich die nötige Beachtung. Ein aufmerksamer Beobachter wird freilich wissen, daß man das von keiner Seite freiwillig getan hat. Diejenigen, die auch vorher in dem Arbeiter einen hochwichtigen Faktor des Wirtschaftslebens sahen, waren so feldern wie weiße Raben. Durch seine Organisationen hat sich vielmehr der Arbeiter diese Beachtung erkämpfen müssen. Er setzte der Unternehmerrmacht die geschlossene Macht seiner Zahl entgegen. Aber er brachte nicht nur seine zahlenmäßige Stärke zur Anwendung; er hatte im Laufe der Zeit sich ein anderes geistiges Gewand geschaffen. Er verließ sich schon längst nicht mehr auf seine zahlenmäßige Macht, sondern hatte auch schon mit den Waffen des Geistes kämpfen gelernt und seinem Gegner im Klassenkampf manchen empfindlichen Niederlage bereitet.

(Schluß folgt.)

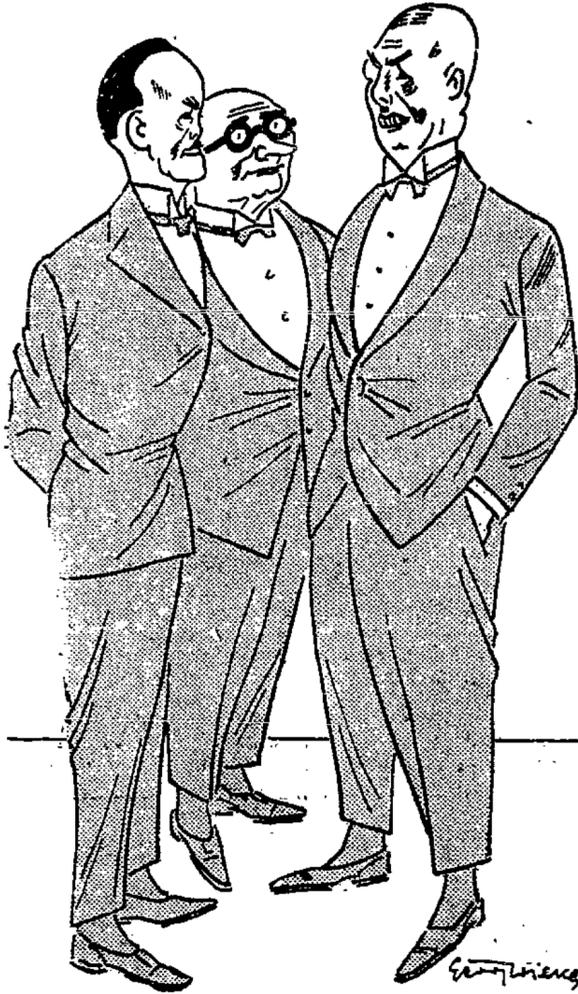
Die Gewährung von Arbeitsausrüstung durch die Arbeitsämter.

Es ist nicht einer Zweck und oberster Grundgedanke der Arbeitslosenfürsorge, Unterbringung im Falle der Arbeitslosigkeit zu zahlen, sondern vielmehr durch Arbeitsvermittlung eine möglichst große Zahl Arbeitsfähiger und Arbeitswilliger in Beschäftigungsverhältnissen unterzubringen. Um dies Ziel zu erreichen, enthält das neue „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ eine ganze Anzahl Bestimmungen, die den einzelnen Arbeitsämtern die Möglichkeit geben, durch irgendwelche Mittel Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dieses dieser Mittel ist u. a., daß die Arbeitsämter Arbeitsverwehungsgegenstände den Arbeitslosen zur Verfügung stellen können. Es heißt hierüber in § 135 des erwähnten Gesetzes:

„Sind Empfänger von Arbeitslosenunterstützung an der Aufnahme einer Arbeit von längerer Dauer verhindert, so können die Arbeitsämter Arbeitsausrüstung nicht zur Verfügung stellen, wenn der Vorsitzende des Arbeitsamtes das Fehlen aus Gründen der Reichsanficht vorfindet,

soweit die Ausrüstung üblicherweise von dem Arbeitnehmer beigebracht wird. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann auf die Rückerstattung ganz oder teilweise verzichten.“

Nach dieser Bestimmung kann also der Vorsitzende des Arbeitsamtes unter bestimmten Voraussetzungen einem Unterstützungsempfänger Arbeitsausrüstung zur Verfügung stellen. Es wird dies besonders bei den Arbeitslosen in Frage kommen, die zu irgendeiner berufsfremden Arbeit vermittelt werden sollen. Wenn zum Beispiel ein arbeitsloser Fabrikarbeiter als Bauarbeiter vermittelt werden soll und kein Werkzeug hat (Schaufel usw.), so kann ihm dieses zur Verfügung gestellt werden. Der Begriff „Arbeitsausrüstung“ ist hier möglichst weit zu nehmen. Es sind darunter nicht nur Werkzeuge und sonstige Arbeitsgeräte zu verstehen, sondern auch Arbeitskleidung. So kann ein Hand-



— „Durch niedrige Löhne spart der Fabrikant 20 Prozent!“
 — „Macht er sich kein Gewissen daraus?“
 — „Aee, aber ein Landhaus!“

lungshelfe, der zu einer Arbeit im Freien vermittelt wird (Auffeher usw.) und der nur leichtes Schuhwerk hat, festes und dauerhaftes Schuhwerk geliefert bekommen. Ebenso ist der Fall möglich, daß eine Fabrikarbeiterin als Hausgehilfin Stellung erhalten kann, ihr jedoch hierzu die notwendige Arbeitskleidung (waschbare Hauskleidung, Schürzen usw.) fehlt. In diesem Fall kann ihr diese Kleidung vom Arbeitsamt gegeben werden. Die Gewährung wird jedoch nicht in allen Fällen Platz greifen, sondern ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Vor allen Dingen muß es sich um eine längere Arbeit handeln. Für eine kurze Arbeit von nur wenigen Tagen wird kein Arbeitsamt von der Ermächtigung Gebrauch machen. Weiter ist, wenigstens bei der Lieferung von Werkzeug, Voraussetzung, daß es in dem betreffenden Berufe üblich ist, daß die Arbeitnehmer die Werkzeuge selber halten. Es darf dies auf keinen Fall so ausgelegt und gehandhabt werden, daß Werkzeug gestellt werden, um den Arbeitgeber von dieser Verpflichtung zu entbinden. Hierauf ist jedenfalls großer Wert zu legen. Es darf dies beispielsweise nicht so ausgelegt werden, daß man einem stellunglosen Malergehilfen Pinsel und Farbtopfe gibt, damit er bei einem Malermeister mit Hilfe dieses Werkzeuges eher Stellung bekommt. Es ist also nur insoweit Werkzeug zu liefern, als in dem betreffenden Berufe die Werkzeughaltung des Arbeitnehmers abgesehen ist.

Das Gesetz enthält keine Bestimmung darüber, ob eine bestimmte Grenze nach oben für den Wert der zu gewährenden Ausrüstungsgegenstände besteht. Es ist somit den einzelnen Arbeitsämtern überlassen, wie weit sie in dieser Beziehung gehen wollen. Zu kostbare Gegenstände werden wohl nirgends ausgegeben werden. Nach dem Wortlaut des Gesetzes werden die Gegenstände vorgestreckt. Sie bleiben also Eigentum des Arbeitsamtes. Der Arbeiter muß sie zurückgeben, wenn er sie nicht mehr braucht, oder muß den Wert dem Arbeitsamt zurückerstatten. Meist wird die Sache bei den Werkzeugen so gehandhabt, daß der Arbeitslose sie dem Amt zurückgibt, wenn er sie nicht mehr benötigt. Sie werden dann bei einem späteren Bedarfsfalle wieder ausgeliehen. Ist natürlich ein Werkzeug zu abgenutzt und dadurch unbrauchbar geworden, so ist eine Rückgabe desselben zwecklos. Aber auch in diesem Falle ist der Arbeitslose dem Arbeitsamt gegenüber ersatzpflichtig, da er ja den Gegenstand nur vorgestreckt bekommen hat. Er muß also den Wert dem Arbeitsamt in irgendeiner Form ersetzen.

Meist wird in diesen Fällen der Arbeitslose aufgefordert, die Schuld in Raten abzuzahlen, wenn er wieder in ein geregeltes Arbeitsverhältnis kommt. Dasselbe trifft für ausgegebene Kleidungsstücke zu, bei denen meist eine Rückgabe an das Arbeitsamt unmöglich ist. Nach dem letzten Absatz des eingangs wiedergegebenen Paragraphen kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes auf die Rückgabe oder Erstattung des Wertes verzichten. In einer Auslegung des Gesetzes heißt es hierzu: „Nur wenn der Arbeitslose nicht in der Lage ist, die Auslagen auch in kleinen Raten zurückzuerstatten, kann der Vorsitzende darauf ganz oder teilweise verzichten, zum Beispiel nach langer Arbeitslosigkeit oder bei großer Familie, oder wenn das gegenwärtige Arbeitseinkommen des Empfängers erheblich gegen das früher bezogene zurückbleibt.“ Auf keinen Fall ist es zulässig, daß das Arbeitsamt einen Teil der Arbeitslosenunterstützung einbehält, wenn der Empfänger durch Gewährung irgendwelcher Ausrüstungsgegenstände in die Schuld des Arbeitsamtes geraten ist. Dies ist ausgeschlossen und gesetzlich unzulässig. Selbstverständlich ist eigentlich, daß der Empfänger die Gegenstände schonend behandeln muß. Es wird dies schon von sich selbst heraus tun, da er ja ersatzpflichtig ist. Erwähnt sei am Schluß noch, daß es sich bei der ganzen Sache um eine sogenannte „Ratenscheinung“ handelt. Der Arbeitslose hat demnach keinen Rechtsanspruch auf irgendwelche Leistungen aus dieser Vorschrift.

Kl-5.

Berichte aus Fachkreisen.

Lungenjatz. (Jubilärfest.) Sonnabend, am 26. November 1927, hielt unsere Filiale im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses eine Jubelfeier ab. Trotz des an diesem Tage in der Firma Graesers Wwe. u. Sohn ausgebrochenen Streiks war die Veranstaltung gut besucht. Die Arbeiterjungen trachten einige dem Tage entsprechende Gesangsvorträge zu Gehör. Im Mittelpunkt des Tages stand die Festsprache des Kollegen Lang, Berlin, vom Hauptvorstand, der die Gründung und den Werdegang des Deutschen Textilarbeiterverbandes schilderte und die Vorkämpfer und noch lebenden alten Kollegen Revue passieren ließ. Er sprach über Vorgänge der Filiale seit ihrem Bestehen und beglückwünschte die anwesenden Jubilare. Die zündende Rede des Kollegen Lang wurde mit hartem Beifall aufgenommen. Der Geschäftsführer Kollege Jopp überreichte an die Mitglieder Max Hirt, Friedrich Meister, Max Krause, Louis Hartmann und Wilhelm Täubner die vom Hauptvorstand gestifteten Ehrenurkunden. Der gemüthliche Teil des Unterhaltungsabends dehnte sich bis gegen 3 Uhr aus. Die Veranstaltung wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

Lungenau (Mulde). Am 3. Dezember 1927 hielt der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Lungenau, zum erstenmale eine Jubilärfest (zu Ehren langjähriger verdienter Mitglieder) im Schützenhaus zu Penig ab. Eingeleitet wurde der Festabend von den Musikanten der Frommholdtschen Peniger Kapelle. Anschließend gelangten einige Gesangsstücke zum Vortrag, gesungen von Frau Bühring, Frä. Lotte Bühring und Elfriede Dressel, sämtlich aus Treuen. Beifällig und mit größter Ruhe lauschte man dem schönen Gesang. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung der Jubilare. Von der Gausleitung war der Kollege Max Winkler-Dresden erschienen, er kennzeichnete in markigen Worten die Tätigkeit der Jubilare, von der Gründung der Organisation in unserem Bezirk zur damaligen Zeit ausgehend, streifte den Werdegang der Organisation in der Vor- und Nachkriegszeit bis zur heutigen Stunde und forderte alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, in die Laufbahn der treuen Jubilare einzutreten. Diese haben uns den Weg bereitet und wir wollen die Laten stützen helfen, um die Organisation hochzuhalten. Besonders betonte der Redner, daß es leider noch viele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die nur von der Organisation ernten wollen und nicht mit Säen helfen. Auch diese müßten noch einsehen lernen, daß sie alle zu uns gehören. Am Schluß seiner Ausführungen gedachte er nochmals der treuen Jubilare, dankte ihnen für ihre langjährige Mitgliedschaft und bat sie alle, auch fernerhin die Treue zu halten, zum Wohle der gesamten Textilarbeiterchaft. Von der Zentrale wurde den Jubilaren je eine Ehrenurkunde in Buchform überreicht. Anschließend gedachte der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Hugo Mann-Lungenau, der alten Getreuen in kurzen Worten, entbot ihnen seitens des Gesamtverbandes die besten Wünsche und überreichte den Jubilaren je ein Zigarrenetui mit Widmung der Organisation und einigen Rauchproben. Kollege Willy Riedel-Lungenau entbot als Vorsitzender im Auftrage des Gewerkschaftskartells Lungenau ebenfalls beste Glückwünsche allen Jubilaren. Hierauf ergriff Jubilar Otto Schode-Lungenau das Wort und dankte im Auftrage aller Jubilare dem Kollegen Winkler-Dresden als auch dem Vorsitzenden Hugo Mann, sowie W. Riedel für ihre trefflichen Worte. Im gleichen Sinne sprach dann ebenfalls auch der Jubilar Kollege Georg Seeluthner-Wolfsburg und endete mit den Worten: „Vereinzelt seid ihr nichts, nur Geflossenheit führt euch zum Ziel!“ Nun gelangten auch die Peniger „Freien Sänger“ zum Wort, sie boten mehrere Gesangsvorträge, beifällig lauschten alle Anwesenden dem schönen Männergesang. Auch ihnen an dieser Stelle den gebührenden Dank für ihre Mithilfe zum Gelingen des Festabends. — Frau Bühring und Fräulein Lotte Bühring aus Treuen boten nochmals einige Lieder mit und ohne Klavierbegleitung, und wie gern man dem lauschte, bewies der stürmische Applaus. Auch ihnen herzlichen Dank, wie auch Elfriede Dressel für ihre Mithilfe. Anschließend folgte stotter Ball bis 1 Uhr, damit auch die Tanzlustigen auf ihre Kosten kamen. Der Wirt des Schützenhauses, Herr Max Schämisch, brachte dazu öfters die 1000-Flammen-Kugel in Tätigkeit, das Wunder der Technik, sehenwert für jedermann. Gerade die älteren Anwesenden waren über den schönen Abend überrascht und befriedigt können wir über den Verlauf des Festabends sein, nur konnten die Peniger Mitglieder zahlreicher erschienen sein.

Schl.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 8. Januar 1928, ist der Beitrag für die 1. Woche fällig

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Salzgitter. V. u. K.: Gustav Kohlenberg, Bad Salzgitter, Siedlung, Bismardstraße 277.
Gau Bremen: Bochum. V.: Gustav Koch, Raftroper Str. 189.
Gau Augsburg: 1. Briefkasten: Herrn Karl Schönleben, Deutscher Textilarbeiterverband, Gau Bayern, Augsburg, Poststraße 49.
 am 11. Schließfach 196. 2. Telegramme, Eilbriefe, Pakete und Geldsendungen: Herrn Karl Schönleben, Deutscher Textilarbeiterverband, Gau Bayern, Augsburg, Prantlhofstr. 13.
 Burgau. K.: Andreas Riehr, Reichstr. 96.
 Waldmünchen. V.: Binzenz Trägler, Schießanger 5.
 Deutscher Textilarbeiterverband, K.: Johann Jangl, Böhmer-Gau Bayern, Augsburg, Poststraße 49.

Verlag: Kurt Schröder in Berlin, Remerstr. 89. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dressel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Strauß in Berlin.

Im neuen Jahr zu neuem Kampf und neuer Kraft! Jugend und Frauen im Deutschen Textilarbeiterverband.

(Schluß.)

Von dem anderen Partner, den Frauen, läßt sich ebenfalls viel berichten.

Sie kommen aber öfter und reichlicher im Verbandsorgan zum Wort, sind ihrer Eigenart und Forderungen nach schon oft beschriebenen worden, so daß eine gewisse Kürze — dort wo möglich — berechtigt ist.

Die Frauen sind im Deutschen Textilarbeiterverband nicht mit gleicher Schnelligkeit heimisch geworden wie in der deutschen Textilindustrie. Diese zählte schon hunderttausende weiblicher Arbeiter, wo dort noch mit zehntausenden weiblichen Mitgliedern gerechnet wurde. Hätte der Deutsche Textilarbeiterverband Dank und Anerkennung der Textilarbeiterinnen zum Maßstab seines Handelns gemacht, würde der deutsche Arbeiterinnenschutz manche Lücke, die Arbeitsbedingungen der Textilindustrie sehr viel mehr härten und Nachteile aufweisen. Doch von solchen Erwägungen wird dessen Verbandsarbeit nicht getragen. Sie basiert durchaus auf der Einsicht: eine Interessenvertretung der Textilarbeiterin erfüllt nur dann ihren Daseinszweck, wenn sie die Bedürfnisse der Hauptbeteiligten versteht und befriedigt, wenn sie der großen Not der Textilarbeiterinnen zu begegnen vermag.

Darum der jahrzehntelange Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, um gleichen Lohn für gleichwertige Leistungen, um verbesserten Betriebschutz, um ausreichende Pausen und Nachtruhezzeiten, um den Schutz und die Sicherung der Mutterkraft, um Schutz der Heimarbeiterschaft.

Würden die Forderungen und das Wirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf diesem Gebiete mit der Entwicklung des deutschen, ja sogar internationalen Arbeiterinnenschutzes verglichen, käme bestimmt eine auffallende zeitliche und inhaltliche Uebereinstimmung heraus. Bis in die letzte Zeit hinein ist das zu verfolgen. Die Veränderungen der Reichsversicherungsordnung vom Jahre 1926, die Arbeitszeitverordnung vom April 1927, das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft und die besonderen Mittel und Anweisungen zugunsten erwerbstätiger Mütter; die Bundesbehörden und Kommunen aufgewandt bzw. ergehen ließen, sind direkt klassische Beweise.

Aber wie bei der Jugend ging der Deutsche Textilarbeiterverband auch bei den Frauen erheblich über fürsorgende Maßnahmen hinaus.

Auch hier waren die gleichen Gründe, nur in verstärktem Maße ausschlaggebend. Wer mehr als die Hälfte weibliche Mitglieder mußert und, nach Geschlechtern gesehen, auf einen ebenso starken, wenn nicht noch größeren Zuwachs rechnen und hinarbeiten muß, für den ist die Frage: Wie gewinnen und behalten wir weibliche Mitglieder, wie machen wir sie zur Trägerin der Verbandspädagogik — Wünsche, -aufgaben, kein Zeitvertrieb oder gar bloßes Objekt einer aus Freude am Reden gelübten Diskussion.

Für den Deutschen Textilarbeiterverband sind jene Fragen zwar nicht die Lebensfrage, aber doch mit die schwierigsten, die er jemals zu beantworten hatte und zu beantworten haben wird. Deshalb auch das Kühne, in der sozialistischen Arbeiterbewegung wenig erprobte, eher sogar etwas verpönte Beginnen, eigene Arbeiterinnengruppen aufzuziehen. Von ihnen wird erhofft, daß sie Erwecker und Sammler von Frauenwünschen, Entfalter von Fraueneigenart, Erzieher für den Pflichtenkreis der allgemeinen Verbandsbewegung sein werden.

In 221 Ortsgruppen wirken Arbeiterinnengruppen.

Trotz der Kürze der Zeit, trotz Inanspruchnahme durch andere Aufgaben, trotz der Ueberbürdung im Erwerb und der Hausfrauenpflichten, trotz mangelnder Hilfe bei Bewältigung der gestellten Aufgaben, sind eine Anzahl Gruppen vorhanden, deren Arbeit sich durchaus sehen lassen kann.

Der erste Textilarbeiterinnentag in Gera war die Feuerprobe der Textilarbeiterinnenbewegung. Sie ist bestanden worden. Nicht etwa nur nach Auffassung derjenigen, die Förderer und Pfleger dieser Arbeit waren. Die Kolleginnen selbst betonen, und das ist das Wertvolle, die Arbeiterinnengruppen sind nötig, wir brauchen die Arbeiterinnengruppen, wenn wir den uns zukommenden Platz in der Textilarbeiterbewegung einnehmen sollen.

Ohne Zweifel ist auch hier noch vieles ausbau- und verbesserungsfähig. Wie bei der Jugend bereitet die Ausgestaltung der Abende und das Beschaffen geeigneter Räume Schwierigkeiten. Frauenzusammenkünfte, richtig veranstaltet, gehören nun einmal nicht in Schankwirtschaften. Diese sind Treffpunkt für Männer, nicht für Frauen. Frauen benötigen Heime, brauchen ein Zuhause; erst recht proletarische Frauen, die oft solches entbehren müssen.

Für die Ausgestaltung heißt es noch, die besten Mittel, dann das richtige Verhältnis zu den einzelnen Stoffgebieten zu finden. In rührigen Gruppen bahnt sich auch hier ein erfreulicher Ausweg und Fortschritt an. Man dosiert geschickt zwischen geselligen Abenden, solchen, die besondere Frauenthemen behandeln und jenen, die allgemeine Verbands- und Gewerkschaftsfragen den Frauen besprechungswert machen.

Noch eine weitere Entwicklung zeigt sich.

Die Arbeiterinnengruppen erfassen lediglich einen relativ kleinen Kreis weiblicher Mitglieder. Dadurch schaltet sich von selbst ein neuer

Junge Mutter.

Sie ruht in ihren Kissen, eine Königin: stolz, kühn, von innerer Musik umrauscht, und wie das kühle Innen sich um ihre Glieder bauscht, ist sie des Erdballs Mittelpunkt und Sinn.

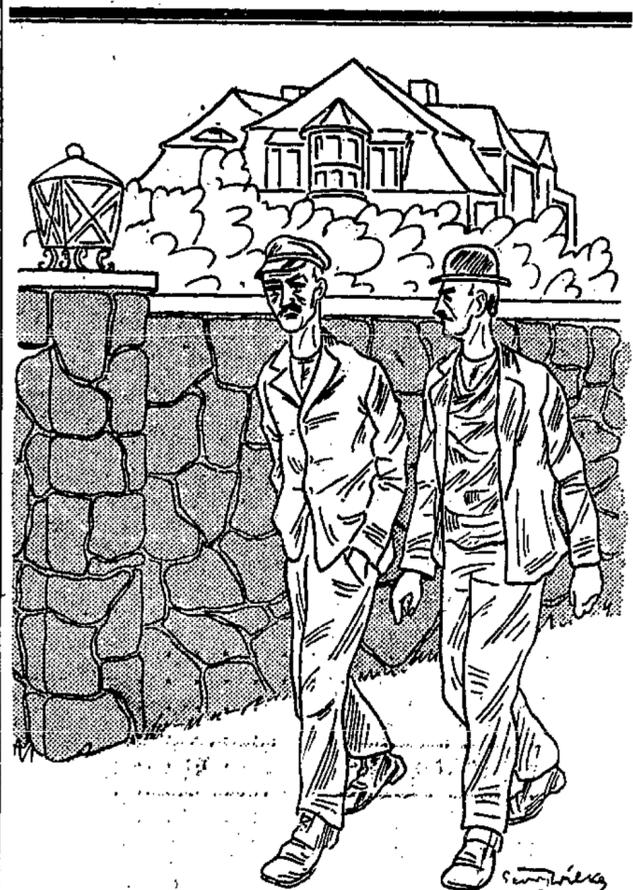
Glück-lächelnd, träumend schließt die Frau die Lider: das Kind an ihrer Brust wird einst ein Kämpfer sein, voll Mut und Glauben fechten in den ersten Reich'n, — und auf die Mutter fällt ein Strahl der Freiheit nieder.

Sie ist nicht irdisch mehr in ihrem Glanze: so sehr dem Lauf des Tags entrückt und von dem Sein an ihrer Brust beglückt, daß Leiden sie beschwingt wie Luff im Tanze.

Kurt Offenburg.

Weg ein. Er führt von den Arbeiterinnengruppen zur weiblichen Mitgliedschaft über das Verbandsganze zu den weiblichen Unorganisierten. Das ändert den Charakter der Arbeiterinnengruppen. Sie entfernen sich von dem im Anfang vorhandenen Insofern, als sie sich als Vorschule für weibliche Funktionäre herausbilden. Das bedingt andererseits für die übrigen weiblichen Mitglieder sowie für die weiblichen Unorganisierten besondere Veranstaltungen, vielleicht in Form von Betriebs-, Branchenbesprechungen, Feiertagen, Kundgebungen zu treffen.

Daneben muß die Arbeit in den Arbeiterinnengruppen systematischer gestaltet werden. Wo Wünsche nach Tiefe, nach sachlich-sachlichem Können kommen, ist ihnen stattzugeben. Vom Arbeiterinnen-



„Diese Villa hat der Fabrikant auch nicht mit seiner Hände Arbeit, sondern mit seiner Arbeiter Hände erbaut!“

sekretariat ist beabsichtigt, hierbei künftig mehr Hilfe zu leisten. Sein Programm ist allerdings augenblicklich nicht so umfangreich, wie das des Jugendsekretariats. Immerhin, einzelnes kann schon beraten werden. Der vom Hamburger Verbandstag gefasste Beschluß: Schulungskurse für weibliche Mitglieder einzurichten ist zur Durchführung in Angriff genommen. Im Gau Regnitz wird demnächst der erste Kursus für 35 weibliche Funktionäre stattfinden. Schließen mit seinen 62 Proz. weiblichen Verbandsmitgliedern und seinen 800 weiblichen Verbandsfunktionärinnen erscheint bestgeeignet für das Sammeln von Erfahrungen auf diesem unerprobten Gebiet.

Die Schulung der weiblichen Funktionäre wird überhaupt noch manche Beziehungen aufdecken, manche Frage zur Klärung aufwerfen.

Die Nachwuchsfrage und die Frage der Abbürdung überflüssiger Arbeiten (Haushaltsvereinfachung, Haushaltsverbesserung, Freizeit, Ruhezeitbeschaffung und Ausgestaltung) sind nur einige der Punkte.

Der internationale Achtstundentag.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat eine Erhebung über die Produktion durchgeführt und dabei besondere Untersuchungen über die Einführung des Achtstundentages angestellt. Das Ergebnis liegt in einem umfangreichen Werk von acht Bänden vor. Die Resultate, zu denen das Internationale Arbeitsamt gekommen ist, sind für die Beurteilung des Achtstundentages von außerordentlicher Bedeutung.

Die Erhebung bestätigt, was seit jeher von den Gewerkschaften behauptet wurde, daß die Produktion mit der Verkürzung der Arbeitszeit zunimmt. Dafür liegen eine ganze Reihe von Bestätigungen aus allen Ländern vor. Ueberall haben die Unternehmer behauptet, daß mit der Einführung des Achtstundentages die Produktion zurückgeht. Wo aber der Versuch mit dem Achtstundentag gemacht wurde, hat sich als Ergebnis das Gegenteil herausgestellt. So sagt der Bericht der Arbeitsaufsichtsbeamten in der Tschechoslowakei, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Leistungsergebnisse erheblich gesteigert habe. Der Arbeiter erzeuge jetzt in acht Stunden ebensoviel wie früher in zehn Stunden. Aus Finnland heißt es in der Eingabe: „Das bei dem einzelnen festgestellte Ergebnis nahm seit der Einführung des Achtstundentages um etwa 20 Prozent zu. Im allgemeinen wurde dasselbe Ergebnis erzielt wie unter dem Zehnstundentag. In bestimmten Industrien, wie im Metallgewerbe und den Bäckereien, war die Zunahme noch stärker.“ Der französische Bericht stellt fest, daß von 26 Untersuchungen, auf die sich die Unteruchung erstreckte, nur in einem Falle sich eine Produktionsverminderung bei Einführung des Achtstundentages einstellte. In diesem einen Falle wurde durch verbesserte Maschinen das Minus beseitigt.

die sich der Beachtung aufdrängen und eine Lösung erheischen. Denn an der Tatsache, daß fast zwei Drittel der weiblichen Verbandsfunktionäre verheiratet und etwa im Alter von 30 und 50 Jahren steht, läßt sich eben nur in der angedeuteten Weise etwas ändern.

Ein weiterer Fortschritt dürfte die gesicherte Finanzierung der Sitzungen der Gauausschüsse für Arbeiterinnenfragen durch die Hauptkasse sein. Sie werden wahrscheinlich nun erst richtig die ihnen zufallenden Aufgaben in Angriff nehmen können.

Soweit die Textilarbeiterinnenbewegung in Betracht kommt, ist also gleichfalls ein Wurzel des Neuen damit verbunden, das Herausstellen neuer Aufgaben, und weiter zugleich ein allmähliches Herausbilden eigener Ausdrucksformen und Wünsche festzustellen. Diese Entwicklung ist um so mehr erfreulich, weil mit ihr eine bessere und stetere Beitragszahlung der weiblichen Mitglieder, aber auch ihre zahlenmäßige Zunahme als Mitglieder einhergeht. Die mühselige und ausdauernde Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes beginnt also doch Erfolge zu zeitigen. Erfolge, auf die einzelne Zweifler schon nicht mehr so recht zu hoffen wagten.

Das pflegliche und vertiefte Weiterarbeiten am Erreichten in Jugend- und Frauenbewegung, das Inangriffnehmen neuer Arbeit wird nur möglich sein, wenn das Interesse und die Hilfe der männlichen Funktionäre nicht erlahmt, sondern wächst und stärker wird. Was dem Verband in seiner Tarifpolitik künftig in Aussicht steht, was die Verbandsarbeitspolitik oft in ihrer Wirkung unterbünd, wissen gerade die Kollegen am besten. Jugend und Frauen im Verband, ihr organisatorisches Verhältnis zu den jugendlichen und weiblichen Beschäftigten der Textilindustrie wurde gar manches Mal als Hemmnis für den erstrebten Fortschritt bezeichnet.

Daneben stehen eine Anzahl bedeutungsvoller politischer Ereignisse bevor.

Reichs- und wichtige Länderparlamente sind neu zu wählen. Sie haben in künftiger Zeit weittragende Entscheidungen über Steuern, Wirtschaft, Sozial- und kulturpolitische Maßnahmen zu treffen. Gerade die Textilarbeiter haben alle Mittel in Anwendung zu bringen, um sich günstige Voraussetzungen für ihre unabweislichen Auseinandersetzungen mit einem kampflustigen und kampferprobten Unternehmertum zu schaffen.

Wenn die künftigen Kämpfe Erfolg haben sollen, wenn wir nicht vor und während der Kämpfe mit einer gewissen Sorge die von Frauen und Jugendlichen gestellte Front betrachten, ihre Schwäche wiederum als Grund für gehabte Fehlschläge hinstellen wollen, dann müssen die männlichen Mitglieder im Deutschen Textilarbeiterverband erkennen, daß die besondere Arbeit für Jugend und Frauen und durch Jugend und Frauen notwendig, dann dürfen sie die daraus kommenden Mehrleistungen nicht als unliebsame Bürde, vielmehr als eine, von der Textilarbeiterin, ja als eine von der gesamten Arbeiterin aufzuerlegte Pflicht betrachten, denn wie die Dinge nun einmal liegen und wie die Verhältnisse sich zu entwickeln scheinen, kommt das Erziehen der weiblichen Erwerbstätigen zu wissenden, tapferen Gewerkschaftern, zu Klassenbewußten Proletariern, in erster Linie — dem Pionier für Arbeiterinnenfragen — dem deutschen Textilarbeiterverband zu. Nur er ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Verband, der mit einer erheblichen Zahl berufstätiger weiblicher Facharbeiter — dem besten Element der Arbeiterin rechnen kann.

Darum heißt der Jugend und den Frauen, dann gibt es zu den Kämpfen im neuen Jahre neue Kraft und neue Erfolge

Die Zählungen über Textilbeschäftigte in Vergleichszahlen gebracht ergeben folgende Entwicklung: *

	1895:1882	1907:1895	1925:1907
Überhaupt	109	110	118
Frauen	127	121	131

* Dr. C. Wolf in „Arbeit und Beruf“ — Ausg. A Nr. 32.

Neben diesen allgemeinen Berichten sind von großem Wert die Feststellungen, die für einzelne Betriebe gemacht wurden. Ein englischer Unternehmer sagt von seinem Betriebe, daß er mit der Verkürzung der Arbeitszeit gute Erfahrungen gemacht habe. Vor dem Kriege wurde in seiner Fabrik wöchentlich 53 Stunden gearbeitet, er hat die Arbeitszeit auf 41 Stunden wöchentlich verkürzt und das Ergebnis? Eine Vermehrung der Produktion um wöchentlich 44 Proz. In einer französischen Nagelfabrik nahm die Produktion um 32 Proz. zu, und in einer Motorenfabrik stieg die Stundenleistung um 61 Proz. In einer Seidenfabrik, wo die Arbeitszeit von 55 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt wurde, stieg die Stundenleistung um 27 Proz. Aus einer Fabrik zur Herstellung von Bohrerwerkzeugen wird berichtet, daß die Stundenleistung hauptsächlich durch die dauernde Verbesserung der Arbeitsmethoden und Werkzeuge erzielt wurde. So wurden lange Studien für das Schneiden der Werkzeuge durchgeführt. Bei dem hauptsächlich gebrauchten Gußstahl war es daher 1924 möglich, im sogenannten trockenen Arbeitsgange eine Geschwindigkeit bis zu 40 Metern in der Minute beim Fertigmachen und 30 bis 36 Meter in der Minute bei der größeren Arbeit zu erzielen. Dieses Ergebnis konnte infolge der besonderen Form der Schneidwerkzeuge erreicht werden. Ohne diese Verbesserung würde das Gewerbe eingegangen sein. Bei einer Drahtfabrik stellte der Aufsichtsbeamte anlässlich eines Besuches eine erhebliche Vermehrung der Produktion fest. Der Betriebsleiter erklärte dazu, daß das zur Fertigstellung einer bestimmten Menge benötigte Personal infolge der Einführung sehr rasch laufender Maschinen erheblich vermindert werden konnte. Die Arbeiter produzieren jetzt in acht Stunden mehr als früher in zehn.

Woher kommt das? Das Ergebnis der Erhebung zeigt.

daß außer der Verbesserung der Maschinen die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter sehr viel zur Produktionssteigerung beigetragen hat. Die Arbeiter kommen, wenn sie ausgeruht sind, frischer und gestärkt in den Betrieb. Sie konnten sich während der Freizeit genügend erholen. Auch konnte bei längerer Beobachtung festgestellt werden, daß ihr Gesundheitszustand sich wesentlich bessert. Diejenigen Unternehmer, die nur widerstrebend an die Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen sind, fürchteten um den eigenen Profit und führten das Antreibersystem ein. Dies aber führt keineswegs zu einer Verbesserung der Produktion.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hebt sich die Lage der Arbeitnehmer. Jedoch darf die Verkürzung der Arbeitszeit zu keiner Verringerung des Lohnes auf Seiten der Arbeiter führen. Dazu liegt auch keinerlei Grund vor. Die Produktion verringert sich nicht, und damit fällt das Hauptargument fort, mit dem die Unternehmer gegen den Achtstundentag arbeiten. Es geht aus den Berichten aus den einzelnen Ländern ganz klar hervor, wie überall bei Verkürzung der Arbeitszeit die Bestrebungen darauf hinarbeiten, durch Leistungssteigerungen den Ausfall auszugleichen. Dabei mußte auch an der Produktionsmethode sehr viel geändert werden. In einer amerikanischen Studie heißt es darüber: Es war notwendig, das nötige Material zur Hand zu haben, denn es ist für die Erzeugung am wichtigsten, daß die regelmäßige Belieferung der Arbeiter mit Material gesichert ist. Desgleichen die Belieferung mit dem nötigen Werkzeug und den erforderlichen Anweisungen.

Es haben sich große Mängel in der Betriebsorganisation herausgestellt, die zum großen Teil darauf zurückzuführen waren, daß die Fabrikleitung es nicht für nötig gehalten hatte, die erforderlichen Anordnungen für die Herbeischaffung des Rohmaterials zu treffen. Häufig fehlt das Material. Die Arbeiter müssen ausweichen, bis es herbeigeschafft ist. Auch an leistungsfähigen Maschinen fehlt es häufig. Mit alten Maschinen müssen die Arbeiter arbeiten, wobei sich viele Unterbrechungen einstellen, die nicht Zeitverlust, sondern auch den Arbeitern Lohnausfall bringen.

Im ganzen genommen zeigt das Material, daß die Einführung des Achtstundentages bei der fortschreitenden Technisierung und Rationalisierung der Betriebe eine zwingende Notwendigkeit ist. Der Achtstundentag muß kommen. Das erfordert unsere Zeit. Die Länder, die ihn eingeführt haben, haben mit ihm die besten Erfahrungen gemacht.

Ernst Neumann.

Aus der Textilarbeiterbewegung des Auslandes.

Statistik des Baumwollhandels.

Einen abschließenden Ueberblick über die Bewegung der Baumwolle in der vergangenen Saison im Vergleich zu derjenigen der vorangegangenen Jahre gibt die folgende Zusammenstellung. Sie zeigt, daß der Mehrverbrauch, der die Unterbringung einer über alles Erwarteten großen Ernte erleichterte, hauptsächlich auf Rechnung Deutschlands und der vom deutschen Handel belieferten Staaten gegangen ist.

Handelsernten¹⁾ (in 1000 Ballen; Ballen zu 500 lbs)

Länder	1925/27	1915/26	1924/25	1923/24	1922/23
Bereinigtes Staaten	10 282	15 112	14 392	10 964	10 061
Indien	3 750	4 570	4 800	4 750	4 700
Ägypten	1 700	1 600	1 450	1 500	1 600
Südafrika und alle übrigen	3 500	3 000	2 500	2 400	2 700
Insgesamt	28 232	34 282	33 642	29 674	29 061

¹⁾ d. h. Ernten, die durch den Handel weitergegeben werden.

Haupteinfuhrländer für Baumwolle (Angaben in 1000 dz.)

Land	1926/27	1925/26	Land	1926/27	1925/26
Großbritannien	8629	8045	Polen	811	470
Japan	7485	7049	Kanada	665	619
Deutschland	5179	3233	Niederlande	408	341
Frankreich	3617	3436	Schweden	352	298
Italien	2934	2211	Spanien	3019	671
Südafrika	1355	1271	Österreich	2787	322
Südafrika	906	805	Schweden	253	218

¹⁾ Angaben für acht Monate. ²⁾ Angaben bis Juli-Mai.

Baumwollausfuhr der Ver. Staaten (Ballen zu 500 lbs)

Jahr	Großbritannien	Frankreich	Deutschland	Italien	Japan	Andere Länder	Insgesamt
1925/27	2 582 459	1 024 762	2 952 846	767 056	506 958	1 835 357	11 240 404
1925/26	2 299 959	917 268	1 783 912	749 568	245 585	1 199 151	8 246 016
1924/25	3 545 272	900 759	1 857 318	733 324	241 598	921 045	8 265 584
1923/24	1 719 135	720 925	1 509 752	553 061	154 711	575 753	5 835 450
1922/23	1 235 926	632 935	995 593	448 391	—	674 835	4 867 831
1921/22	1 751 784	771 791	1 471 717	517 345	—	913 479	6 237 769

¹⁾ 1. August bis 31. Juli.

Baumwollausfuhr Britisch-Indiens (Ballen zu 400 lbs)

Jahr	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Italien	Japan, China	Insgesamt
1925/27	82 275	829 715	1 831 174	2 743 164	—	—
1925/26	172 517	1 089 707	2 512 877	3 775 101	—	—
1924/25	159 618	1 245 065	2 455 157	3 899 780	—	—
1923/24	267 345	1 531 450	1 628 759	3 442 581	—	—
1922/23	223 943	1 077 873	2 278 858	3 580 670	—	—
1921/22	70 629	899 222	2 280 688	3 250 539	—	—

Baumwollausfuhr Ägyptens (Ballen zu 478 lbs)

Jahr	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Italien	Japan, China	Ver. Staaten	Insgesamt
1925/27	42 641	57 564	116 576	45 809	35 290	158 053	1 026 056
1925/26	405 304	22 354	122 905	42 679	25 494	154 574	917 824
1924/25	425 665	37 945	123 585	44 049	49 822	133 556	937 949
1923/24	245 255	55 322	117 779	40 971	21 756	108 726	632 947

(Wirtschaftsdienst).

Zur Entwicklung der amerikanischen Kunstseidenindustrie.

Kunstseide. Was die Entwicklung von Kunstseiden garn und -stoffen anbelangt, bildet Amerika keine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Nach den Berichten des Verfassers des Buches, von dem ich spreche, hat die Entwicklung einen so schnellen Verlauf genommen, daß man sie geradezu schauspielmäßig nennen kann. Es ist wahr, daß 1926 ein zeitweiser Rückschlag zu verzeichnen war, aber das wurde 1927 schnell wieder gut gemacht, und die Aufträge sind bis heute so groß, daß die Spinnereien und Fabriken fast immer mit vollem Betrieb arbeiten müssen. Die Gesamtproduktion von Kunstseidenfasern wurde 1926 auf ungefähr 65 750 000 Pfund geschätzt gegen 52 000 000 im Vorjahre, aber der Verbrauch an

Herunter mit der Maske.

Betriebs- und Wertsgemeinschaft ist eins.

Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß es schuppig wie gesprungen ist, ob das kapitalistische Einschülfenmittel Betriebs- oder Wertsgemeinschaft getauft wird. Wir halten sogar die Wölfe im Schafpelz, die das ungeschuldig klingende Wort „Betriebsgemeinschaft“ im Munde führen, für viel gefährlicher, als die Verfechter der Wertsgemeinschaft. Die kämpfen wenigstens mit offenen Waffen, wir wissen, woran wir sind, und was wir von ihnen zu halten haben und können uns dementsprechend zum Kampfe stellen. Die anderen heucheln uns spötteln über die Wertsgemeinschaft und tun so, als ob sie dem Wertsgemeinschaftsgedanken spinnfeind sind. In Wirklichkeit sind sie seine bittersten Feinde.

Das sind die Kreise um die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und den Reichsverband der Deutschen Industrie. Sie wollen sich als schlaue Füchse aufspielen, da sie ganz genau wissen, daß die Arbeitnehmer gewerkschaftlich und politisch zu aufklärt sind, um auf jeden Köder, der ihnen hingeworfen wird, anzubeißen. Sie haben daher das schöne Wort „Betriebsgemeinschaft“ erfunden, aber alle Liebe rostet nicht und sie zeigt sich nur im neuen Gewand mit Bubikopf und kurzen Röckchen.

Diesem Heucheltum reiht in aller Höflichkeit der Bund für Nationalwirtschaft und Wertsgemeinschaft die Maske der Scheinheiligkeit vom Gesicht. In seiner Zeitschrift „Wirtschaftsnachrichten“ beschäftigt sich dieser Bund mit dem Jahresbericht des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und führt u. a. den Satz aus dem Jahresbericht an:

„Wir sehen einen Weg zu den gekennzeichneten Zielen nicht in dem alten, heute romantisch anmutenden Gedanken der Wertsgemeinschaft, wohl aber in dem den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragenden und neuartigen Plan der Betriebsgemeinschaft.“

Es wird dann auch noch abgedruckt, wie nun der Langnam-Verein sich den „Plan der Betriebsgemeinschaft“ vorstellt. Dazu sagt der Bund für Nationalwirtschaft und Wertsgemeinschaft mit Recht:

„Unsere Leser werden ohne weiteres finden, daß die Ausführungen des Jahresberichts sich mit dem decken, was wir nun seit Jahren zur Begründung der Wertsgemeinschaftsides immer wieder vorbringen. Man muß auf die Vermutung kommen, daß man sich in den Kreisen, die hinter dem Jahresbericht des Langnam-Vereins stehen, noch nicht näher mit der Wertsgemeinschaft befaßt hat, sonst müßte man sehen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Wertsgemeinschaft und der geforderten Betriebsgemeinschaft überhaupt nicht besteht. . . . Es ist schade, daß der Bericht nicht näher darauf eingeht, worin nach seiner Ansicht der Unterschied zwischen Wertsgemeinschaft und Betriebsgemeinschaft besteht und weshalb die Idee der Betriebsgemeinschaft weniger „romantisch anmuten“ soll, als die Idee der Wertsgemeinschaft. Wir bedauern das um so mehr, als auch in sonstigen wesentlichen Fragen der Langnam-Verein sowohl in seinem Jahresbericht wie auch auf seiner Tagung vom 15. November Ausführungen gebracht hat, wie sie unserem Programm entsprechen.“

Die ganze Scheinheiligkeit dieser sozialen Giftmischer um den Langnam-Verein herum wird durch diese mit Recht spöttisch klingenden Ausführungen seines feindlichen Bruders enthüllt. Mit dürren, aber wahren Worten wird darin von den Vertretern der Wertsgemeinschaft gesagt, daß es zwischen der Betriebs- und der Wertsgemeinschaft, wie sie die Kreise um den Langnam-Verein verfechten, nicht den geringsten Unterschied gibt. Wir haben ihre Schliche ja schon längst durchschaut, aber es ist gut, daß ihnen das noch einmal aus den eigenen Reihen bestätigt wird.

Lutius.

Fasern war so groß, daß noch über 10 000 000 Pfund eingeführt wurden.

Der Verfasser hält die Aussichten, sogar auch für den Import, für dieses Jahr für sehr gut, obwohl die amerikanische Produktion sich wahrscheinlich auf 80 000 000 Pfund erhöhen wird. Nachstehender Auschnitt gibt darüber Einzelheiten:

„Die Produktion der einheimischen Fabrikanten im Jahre 1926 stellt sich in runden Zahlen wie folgt dar:

Firma	Laufend Pfund
Bisco Co. von Amerika	39 000
Du Pont Rayon Co.	11 000
Tubize Kunstseide Gesellschaft	7 000
Industrial Rayon Corporation	3 400
Celanese Corporation of Amerika	2 500
Belamose Corporation	750
American Bemberg Corporation	750

Einige dieser Firmen haben 1926 ihre Betriebe vergrößert und neue Fabriken gebaut. Dies umfaßt die Celanese Corporation, die Belamose Corporation, Du Pont und die American Bemberg Corporation, während die Cupra Inc. in Elston, New Jersey und die Delaware Rayon Co. in Newcasile, Delaware, neue Fabriken in Betrieb genommen haben.“

Der Bericht, dem diese Einzelheiten entnommen sind, wurde vom Britischen Departement für Ueberseehandel herausgegeben und ist von Sir J. Joyce Broderick, Handelsrat an der britischen Gesandtschaft in Washington, und Capt. A. J. Bad, Handelssekretär in Washington, verfaßt worden.

Der Seidenbau in Deutschland.

Von M. Förster. (Schluß.)

Angeichts solcher Anpreisungen könnte man tatsächlich in die Versuchung kommen anzunehmen, daß das deutsche Volk von nun an herrlichen Zeiten entgegengeht. Leider fehlen aber bis heute immer noch, abgesehen von den großtönenden Worten, die greifbaren Beweise, die diese Reklame rechtfertigen. Ein jeder, der sich ernstlich mit der Seidenzucht in Deutschland beschäftigt oder die Absicht hat, es zu tun, würde es sicher begrüßen, wenn die Frage der Ertragsfähigkeit der Seidenzucht im Nebenerwerb gründlich geklärt würde. Um auf einen Reingewinn von 800 Mk. und mehr pro Ernte zu kommen, wäre von größtem Interesse zu wissen, wieviel Kilogramm vollwertige Kokons geerntet, welcher Preis pro Kilogramm Kokons erzielt und an wen sie verkauft wurden. Weiter wären erwünscht Angaben darüber, auf wieviel Wochen sich die Saison erstreckt, wieviel Arbeitsstunden und Hände pro Tag erforderlich sind und endlich wieviel Maulbeerlaub bzw. wieviel Raupen gebraucht werden. Selbstverständlich ist dabei auch die Unkosten-, die Futter- und Risikofrage pro Ernte mit zu berücksichtigen. Denn es ist bekannt, daß mit der zunehmenden Größe einer Seidenzucht auch das Risiko wächst, da unvorhergesehene Futtermalamitäten oder Seuchen, die eine Raupenzucht mit einem Schlag vernichten können, einen Ertrag vollkommen illusorisch machen können.

Im übrigen wäre zur Ertragsfähigkeit des deutschen Seidenbaues noch zu sagen, daß sich selbst hervorragende Wissenschaftler über diesen wichtigen Punkt nicht einig sind. Wenn z. B. Prof. Harz feststellt, daß die Seidenzucht in Deutschland in erster Linie für die ärmeren Klassen bestimmt sei, die sich dadurch innerhalb fünf Wochen einen Nebenverdienst von 20 bis 100 Mk. schaffen könnten, so muß er sich von einem anderen Fachmann, dem Prof. Dr. Albert Seib, der in Frankfurt a. M. etwa 20 Jahre lang im dortigen Zoologischen Garten Versuche mit der Seidenzucht vorgenommen hat, sagen lassen, daß er hierbei die Bruttoerinnahme als Nebenverdienst rechnet und die Unkosten unberücksichtigt läßt. (Im Jahre 1917 entsprach eine Ernte von 5000 Kokons etwa 20 Mk.) Prof. Seib legt sich in seinem schon erwähnten Werke mit der Verdienstrechnung des Prof. Harz auseinander und stellt fest, daß diejenigen, die da glauben, der deutschen Bevölkerung die Erwerbung von 20 bis 100 Mk. Brutto-

Mehrverdienst in einer sechs-wöchigen (nicht fünf-wöchigen, wie Harz meint) Arbeit, die nicht ganz so einfach sei, anraten zu sollen, die wirtschaftliche Seite der Seidenzucht in Deutschland nicht gehörig unterucht und keine Erfahrung hätten. Denn wenn ein Mann einen Ernteertrag von 100 Mk. erzielen wolle, so sei er sechs Wochen lang auf das äußerste in Anspruch genommen.

Auch wir schließen uns auf Grund unserer Erfahrungen der Meinung des Prof. Seib an, der da feststellt, daß die Seidenzucht in Deutschland, wenn auch nicht in allen Teilen, wohl möglich ist. Sie wird aber, wie die Honen-zucht, am Kleinbetrieb hängen und in gewissem Sinne eine Liebhaberei bleiben. Keine mit viel Freizeit, wie Lehrer, Pfarrer, wohlbestaltete Pensionäre und solche Leute, deren Freizeit gleich nach dem Aufstehen beginnt. Können wir für einige hundert Markl. ernten. Seib betont ganz besonders, daß, wenn bei dem Seidenbau etwas herauskommen soll, die Zucht nicht als Nebenbeschäftigung gemacht werden dürfe, sondern daß sie für die betreffende Person die Hauptbeschäftigung werden müsse.

Die verlockenden Angebote mancher „Seidenbauzentralen“ können nur so gedeutet werden, daß sie gerade die ärmeren Leute, denen alle Möglichkeiten eines Nebenverdienstes willkommen sind, in ihre Abhängigkeit bringen wollen. Wir haben wahrlich genug Glend-Heimindustrien und folglich gar kein Interesse daran, eine neue Heimindustrie zu züchten.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, berührt es sonderbar, daß die Seidenbauverbände bei ihrem Verlangen nach staatlichen Subventionen so sozialpolitische Momente so stark in den Vordergrund schieben, indem sie immer wieder betonen, für „kleine Leute“ einen Nebenverdienst schaffen zu wollen. Wie diese „Nebenverdienste“ aussehen, haben wir ja kennengelernt. Subventionen werden verlangt, trotzdem sich z. B. die sächsische Regierung veranlaßt sah, in ihrem Etat für 1927 weitere Mittel für den Seidenbau in Sachsen nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Sie mußte zugeben, daß ihre Erwartungen, die sie an den Seidenbau knüpfte, nicht in Erfüllung gegangen sind. Subventionen werden weiter verlangt im Reichen der Entwicklung einer riesigen Konkurrenzindustrie, der Kunstseidenindustrie, wie sie eine andere Industrie noch nicht erlebt hat. Trotzdem die Kunstseidenindustrie eine verhältnismäßig junge Industrie ist, hat sie sich schon ungeahnte Märkte und die Herzen aller Menschen erobert. Sie hat Eingang in den verschiedensten Industrien gefunden und verdrängt die reine Seide immer mehr. Kunstseide stellt heute schon die Kunstseidenindustrie einen der reinen Seide nicht nur ebenbürtigen, sondern bedeutend feineren Faden her. Das Wachstum der Kunstseidenindustrie beweisen folgende Zahlen. Im Jahre 1913 wurden in zwölf Staaten, darunter Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, insgesamt 11,0 Millionen Kilogramm Kunstseide produziert. Im Jahre 1926 hingegen wurde von denselben zwölf Staaten eine Kunstseidenmenge von 100,0 Millionen Kilogramm hergestellt. Nach vorläufigen Berichten übersteigt das Jahr 1927 diese Zahlen weiter ganz erheblich. Bei dem Verlangen nach Subventionen ist weiter kritisch in Betracht zu ziehen, daß die letzten Jahre einen unerkennbaren Aufschwung der Seidenzucht vom Westen nach dem Osten, also in erster Linie nach Japan, zeigen. Es wurden geerntet (in Tonnen) in:

Jahr	Japan	Italien	Frankreich
1927	329 700	47 500	3 600
1924	276 000	57 700	4 200

Diese Zahlen bedeuten, daß die Seidenraupenzucht trotz des günstigen Klimas in Italien und Südfrankreich nur dort gedeihen kann, wo der Lebensstandard eines Volkes unter dem der west- bzw. südeuropäischen Völker liegt.

Sich jetzt eine Meinung darüber zu bilden, ob die deutsche Seidenzucht, die von jeher ein totesgeborenes Kind war, mit Hilfe von staatlichen Subventionen selbst auch nur ein bescheidenes Mauerblümchendasein fristen kann angesichts der zwei gewaltigen Konkurrenten: der asiatischen Seidenzucht und der Kunstseidenindustrie, wird nach dem hier Befragten wahrlich keinem Menschen mehr schwer fallen.